



#### Aus dem Inhalt:

Populisten sind immer die anderen

Der Krieg gegen den Irak

Zuwanderungs-  
gesetz und  
Flüchtlingspolitik

Die zweite Intifada  
und die Medien  
Reaktionen auf eine  
DISS-Studie

Über rechten  
Antiintellektualismus

Zur Chomsky-  
Instrumentalisierung  
der extremen  
Rechten

15 Jahre DISS

## Die Kriegserklärung

Die staatliche Sitte, mißliebigen Staaten vorher mitzuteilen, daß man sie mit Krieg überzieht, ist im 20. Jahrhundert aus der Mode gekommen, wohl auch deshalb, weil der Krieg selbst in Verruf geraten war und folglich anders genannt wurde (Verteidigungsfall, Polizeiaktion, Intervention etc.).

Jetzt ist Krieg wieder normal. Die verbleibende Weltmacht USA führt ihn nach ihren Interessen und Bedingungen - und sie gibt die Wortwahl vor: Im Krieg gegen den Terrorismus wird die Achse des Bösen vom Guten (uns) besiegt.

Einige Verbündete rümpfen darüber derweil noch die Nase. Ihre Experten haben sich freilich längst mit der neuen Weltsicht angefreundet. Auch sozialdemokratische Vordenker der Bundeswehr meinen seit Jahren, daß es an der Zeit sei, sicherheitshalber Krieg zu führen, wenn die eigenen Interessen und die der „global player“ bedroht sind.

Früher hätte man sowas Imperialismus genannt.

Einiges zur Kriegs-Erklärung im DISS-Journal ab Seite 3.

#### Impressum:

Das DISS-Journal  
wird  
herausgegeben vom  
Duisburger Institut für  
Sprach- und Sozial-  
forschung (DISS)  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg  
Tel.: 0203 / 20249  
Fax: 0203 / 287 881  
e-mail: [diss@uni-  
duisburg.de](mailto:diss@uni-<br/>duisburg.de)  
[http://www.uni-  
duisburg.de/DISS](http://www.uni-<br/>duisburg.de/DISS)

Druck:

Rosch Buch-  
Druckerei, Scheßlitz

Wie zahlreiche politische Leitvokabeln führt auch der „Populismus“ ein Doppelleben. Man begegnet dem Ausdruck einmal als *Bezeichnung* für einen Kreis politischer Gruppierungen, die sich in fast allen europäischen Ländern im Kreis der „etablierten“ Parteien als „böse Buben“ festgesetzt haben, in Italien und Österreich sogar in der Regierung. Zu diesen Gruppierungen gehören: Haiders FPÖ (Österreich), die Lega Nord (Italien), die Liste Pim Fortuyn (Niederlande), der Vlaamse Block (Belgien), Blochers Gruppierung in der Volkspartei (Schweiz) und einige mehr. Gemeinsam ist den so bezeichneten Gruppierungen, dass sie

1. mit der boulevardesken Inszenierung traditionell „rechter“ Themen an die Öffentlichkeit gehen: Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, law and order, Todesstrafe, Sozialneid;
2. von der „Mitte“ nur mehr oder weniger halbherzig ausgegrenzt werden;
3. sich als „Tabubrecher“ und Sprecher des „einfachen Volkes“ gegen die „Mitte-Parteien“ in Stellung bringen, indem sie gerade die polarisierenden Themen bevorzugen.

Wahrscheinlich kann man im Einzelfall, wie bei jeder *Bezeichnung*, darüber geteilter Meinung sein, ob die eine oder andere Gruppierung darunterfällt oder nicht, ob sie mit dem Wort angemessen bezeichnet wird oder nicht. Das alles spielt keine große Rolle und kann im Prinzip durch definitorische Schärfung des Begriffs aus der Welt geschafft werden. Ganz anders verhält es sich mit der zweiten Dimension von „Populismus“: „Populismus“ ist auch politischer *Kampfbegriff*. Mit Bezeichnungen

kann man keine Politik machen. Nach einem berühmt-berüchtigten Wort ist die Unterscheidung von Freund und Feind die Substanz des Politischen. Und in der Tat ist der polemische Gehalt des Wortes „Populismus“ unübersehbar. „Populisten“ - das sind immer nur die anderen. Wie funktioniert „Populismus“ als Ausgrenzungsbegriff? Nun, zuerst

## Populisten sind immer die anderen

von Clemens Knobloch

dadurch, dass das Wort nicht bezeichnungsfest (s.o.), aber bewertungssicher ist. Nach dieser Seite ist der „Populismus“ gewissermaßen der dunkle Bruder des Mehrheitsprinzips, der „Demokratie“. Wer eine Mehrheitsmeinung zur Geltung bringt, die mir liegt, den bezeichne ich als Demokraten, und wer um der öffentlichen Zustimmung willen ein Motiv aufruft, das mir nicht gefällt, den nenne ich einen „Populisten“. Es ist völlig unmöglich, nach der *sachlichen* oder der *begrifflichen* Seite „Populismus“ inhaltlich von positiv evaluierenden Gegenbegriffen wie „mehrheitlich“, „konsensfähig“, „allgemeine Zustimmung“ abzugrenzen.

Eine todsichere Probe für den ausgrenzenden Gehalt eines politischen Ausdrucks liefert die Frage, ob er auch als Selbstbezeichnung vorkommt. Und dass ein Parteiführer vor das Mikrofon tritt und sagt: „Ich bin ein Populist“ ist einstweilen nicht vorstellbar (das kann sich natürlich ändern, besonders dann, wenn der Ausdruck inflationär gebraucht wird!). Für die Parteien der „Mitte“, die lautstark vor dem „Populismus“ warnen, liefert er das extremistische Feindbild, das die Mitte braucht, um als solche Kontur zu halten. Umgekehrt fördern die Mitte-Parteien den „Po-

pulismus“ durch die stillschweigende Vereinbarung, polarisierende Themen einfach auszuklammern, bei denen sie Schaden nehmen könnten. Sie mähen gewissermaßen die Wiesen, auf denen sich die „Populisten“ dann ungestört tummeln. Man wird langfristig darauf achten müssen, dass nicht jeder zum „Populisten“ mutiert, der polarisierende Themen öffentlich anspricht.

Nicht zu übersehen ist schließlich, dass die „Populisten“ nirgends ein erkennbar anderes Programm haben als die Parteien der „Mitte“. Sie verkaufen den Neoliberalismus nur anders (und an ein Publikum, das am Ende zu den „Globalisierungsverlierern“ zählen wird). Dass eine Möllemann-FDP an der Macht antisemitische Politik implementieren würde, glaubt ja wohl niemand wirklich. Und wie ist am Ende die Bundestagswahl gewonnen worden? Doch wohl nicht mit den „weichen“ Symbolthemen à la „Tierschutz als Staatsziel“ oder „gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft“, sondern durch einen gezielten populistischen Ausfall: Den bevorstehenden US-Präventivkrieg gegen den Irak, zunächst von allen konsensuell ausgeklammert (außer dem outlaw PDS), hat der Kanzler zum richtigen Zeitpunkt aus dem Hut gezaubert. Damit war die PDS mit ihrem pazifistischen Wahlkampf symbolisch enteignet, die CDU in der Falle (Zustimmung zur SPD oder Nibelungentreue zu den USA - beides ist gleich tödlich), die „nationale“ Fraktion durch den „eigenen Weg“ ins Boot geholt.

*Fazit:* Wer am lautesten vor dem „Populismus“ warnt, ist meistens nur der bessere Populist.

# George W. Bushs Krieg gegen den Irak

von Hajo Schmidt

„The Sniper“ – Heckenschützen – heißen die US-Medien den Massenmörder, der im Großraum Washington, D. C. aus sicherer Distanz anscheinend willkürlich ausgewählte Menschen erschießt. Macht die sich in diesem blutigen Treiben offenbarende Anmaßung, den Herrn über Leben und Tod, Gott also zu spielen, den Beobachter auch fassungslos, so situiert sie den Sniper keineswegs im Nirgendwo der sozialen Realität. Ort und Zeitpunkt des Geschehens indizieren einen größeren Zusammenhang, dem man sich in Zeiten eines weltweiten Counter-Terrorismus schwer nur entziehen kann.

„George Bush hat für seinen Krieg gegen den Terrorismus“, klagte Ex-US-General Attorney Ramsey Clark öffentlich, „das Recht behauptet, jedes beliebige Land, jede Organisation oder Person zuerst, ohne Warnung und nach seinem eigenen Ermessen anzugreifen.“ In der Tat beseitigt der mittlerweile zur Bush-Doktrin geronnene Anspruch, zwecks Selbstverteidigung die Welt nach Freund und Feind, „gut“ und „böse“ zu sortieren, „das Böse“ aber Kraft souveräner Entscheidung zu entwaffnen oder präemptiv ‚wegzuputzen‘ (to snipe), das völkerrechtliche Gleichheitsprinzip wie die Grundlagen des (noch) existierenden UN-Friedenssystems. Die Selbstapotheose des US-Präsidenten markiert dabei den vorläufigen Abschluß einer hegemonialen Bewegung, in der die USA sich zentralen sicherheitspolitischen Vertragswerken konsequent verweigert, den Internationalen Strafgerichtshof aggressiv be-

kämpft und das Gewaltverbot der UN-Charta bis zur Unkenntlichkeit entstellt haben.

Letzteres in atemberaubender Geschwindigkeit: Wurde der Verzicht auf ein UN-Mandat im Kosovo-Krieg noch als einmalig und folgenlos verkauft, so reüsierte wenig später schon die Formel „mit den UN, wenn möglich, ohne sie, wenn nötig“. Auf die kollektive, NATO-basierte Legitimation dieser prinzipiellen Abwertung des UN-Sicherheitsrates verzichtete bereits der Afghanistan-Krieg, für den die USA eine höchst prekäre Neuinterpretation von Art. 51 UN-Charta durchsetzen und den sie, chartawidrig, selbst nach Aufstellung der ISAF in eigener Regie weiter führen. Die Nationale Sicherheitsstrategie Bushs schließlich geht über zu einem „aggressiven Unilateralismus“ (J. Wilzewski), der sich selbst ein Recht zum Präventivkrieg zwecks Gewaltabwehr erteilt.

Soll der Irak nun die Probe aufs Exempel werden, so käme ihm erneut eine Schlüsselfunktion zu - für den Hegemonialanspruch der USA wie das Schicksal der Präsidentenfamilie Bush. Blicken wir zurück: Die an einem anderen denkwürdigen 11. September (1990 – vor dem US-Kongreß) von Bush sen. entfaltete Vision einer „Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes das Faustrecht ersetzt ... (einer) Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert“, brach sich schon bald an des Präsidenten Entschlossenheit zum Krieg. Der alte Freund Saddam, dessen finsternen Krieg gegen den Iran die US-Administration (Reagan,

Bush) nahezu bedingungslos – u. a. mit der Lieferung von Rohstoffen zur Herstellung just derjenigen Massenvernichtungsmittel, deren präemptive Entsorgung nun ansteht – unterstützt hatte, galt nun aufgrund seiner Besetzung Kuwaits als unbotmäßig und wurde, offiziell als Völkerrechtsbrecher und mit dem Segen der UN, im Februar ´91 von einer technologisch hoch überlegenen Staatenkoalition besiegt. Zweifellos bediente der Krieg wichtige Interessen der damaligen Bush-Regierung (Energie, Hegemonie, Legitimierung der militärischen Infrastruktur), endete mit schweren, bis heute ungeahndeten Kriegsverbrechen gegen sich ergebende irakische Soldaten und fliehende Zivilisten und bescherte danach dem Irak einen Waffenstillstand – der eigentlich nie einer war.

Seit Mai 1991 bombardierten Amerikaner und Briten, völkerrechtlich ungedeckt, irakische Bodenziele, erklärten die Hälfte des Irak zu „Flugverbotszonen“ und nutzten (vorgebliche) Zuwiderhandlungen zur Zerstörung militärischer und ziviler irakischer Objekte. Seit August diesen Jahres verstärken sich diese Luftangriffe, greifen über die Flugverbotszonen hinaus, attackieren gezielt auch zivile Infrastruktur. Da gleichzeitig im Norden (Amerikaner, Türken), im Westen (Israelis) und Süden (wahrscheinlich Russen und Israelis) ausländische Militäreinheiten und Ausbilder operieren, hat die gängige Rede von einer neuen Vorkriegszeit zumindest für Iraker eher metaphorische Bedeutung.



Martin Dietzsch / Helmut Kellershohn / Alfred Schobert:

**Jugend im Visier**

Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der „Unabhängigen Nachrichten“

178 Seiten, € 12,  
ISBN 3-927388-82-3

Die „Unabhängigen Nachrichten“ gehören zum Umfeld der NPD. Sie entstanden vor über 30 Jahren aus einer Rechtsabspaltung der nationalneutralistischen „Deutschen Gemeinschaft“. Agitation und Propaganda umfassen die gesamte programmatische Breite von Holocaust-Leugnung bis zu aggressivem Rassismus. Durch ihre Reihe „Auf dem Stundenplan“ nehmen die „Unabhängigen Nachrichten“ Jugendliche ins Visier und betreiben Fälschung der Geschichte, um Volk und Nation zu entlasten. Im Umfeld der „Unabhängigen Nachrichten“ verknüpft Werner Symanek mit seinem Verlag VAWS Propaganda und Kommerz.

Die Autoren der Studie zeigen

- wer hinter den „Unabhängigen Nachrichten“ und VAWS steckt
- wie ihre Propaganda funktioniert und
- wie man sich dagegen wehren kann.

Die westlichen Medien informierten über den verborgenen Krieg allenfalls im Zusammenhang mit der schwierigen, aber erfolgreichen Tätigkeit der UN-Inspektoren, die gemäß UN-Resolution 687 vom April '91 die Offenlegung und Zerstörung des irakischen Massenvernichtungswaffenpotentials besorgen sollten – und dann meist falsch und unzureichend. Fatal vor allem, dass der westlichen Öffentlichkeit der tödliche Zusammenhang zwischen Inspektorentätigkeit und wirtschaftlicher Sanktionspolitik verborgen blieb, obgleich er doch auch den Viertagekrieg von 1998 beherrschte: forderte doch die irakische Regierung, und diesbetreffend damals wie heute zurecht, die Fortsetzung der Inspektorenkontrolle an die absehbare Aufhebung der desaströsen Folgen der vor allem von den USA unerbittlich durchgesetzten Sanktionen zu binden.

Machte ein umfassendes Embargo vor Januar 1991 als Kriegsalternative unbedingt Sinn, so ließ sich ein solches aufgrund der katastrophalen Folgen der alliierten Kriegsführung auf die zivile Infrastruktur Iraks (Elektrizität, Wasser- und medizinische Versorgung) schon für die unmittelbare Nachkriegsphase weder völkerrechtlich noch ethisch rechtfertigen - bevor sich dann die zivilen Sterberaten „auf dem Niveau eines Völkermordes“ (R. Clark) einpendelten. Gedacht als Druckmittel zur Erfüllung irakischer Abrüstungsverpflichtungen, verwandelte sich das Sanktionsregime unter Clinton zum brutalen Faustpfand eines irakischen Regimewechsels, bevor schließlich zum Jahresbeginn 2002 die Verortung des Iraks auf der „Achse des Bösen“ durch Präsident Bush die erneute militärische Transformation des verborgenen Krieges annoncierte.

Die paranoische Perspektive, in der trotz hunderttausender von ihnen zu verantwortender irakischer Ziviltoter und Dauerkriegsängste US-Politiker von Albright bis Bush sich zugleich als Sachwalter der eigentlichen Interessen des irakischen Volkes wahrnehmen, erinnert erneut an die Politische Theologie der Gegenwart – und könnte ein entscheidendes Kriegsmotiv des jetzigen Präsidenten offenlegen. Besiegte dieser den Irak, dann vollendete er nicht nur das abgebrochene Unterwerfungsunternehmen des Vaters; auf kaum überbietbare Weise emanzipierte sich dieser oft nur als „verwackelte Kopie“ (J. Todenhöfer) des Alten wahrgenommene Sohn in der Pose des Friedensfeldherrn, der die väterliche Vision der Neuen Weltordnung definitiv an die Militärmacht der USA bände.

So viel zur Phantasmagie des jüngsten Kriegstreibens. Politisch aber braucht auch der stärkste Hegemon Argumente und geteilte Überzeugungen, will er nicht einsam bald im Regen stehen. Den Kern der US-Kriegslegitimation bildet das Doppelargument, der Irak besitze wieder ein erhebliches und einsetzbares Potential an ABC-Waffen, und er könne dieses jederzeit an Terroristen weitergeben. Selbst wenn beide Behauptungen besser belegt wären, hätte man dadurch weder Grund noch Legitimation zum Krieg: „Würde nicht gerade“, meint Jürgen Todenhöfer mit vielen Kritikern, „der Besitz von Massenvernichtungswaffen in den Händen des irakischen Diktators nach einer politischen Lösung schreien?“

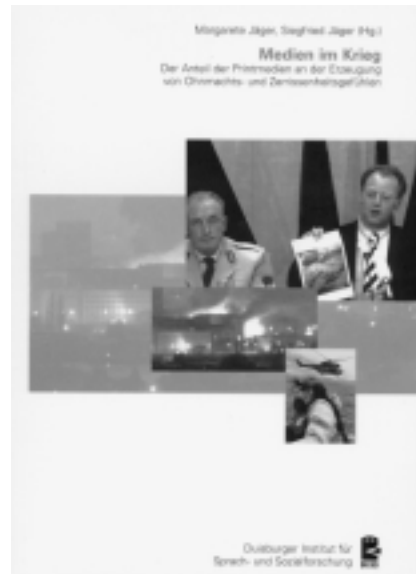
Welch andere Motive blockieren hier fällige Einsicht? Ist die Psychologie abgehakt, bleiben zumindest deren zwei: Öl und Geopolitik. „Öl“ meint nicht nur die Neuaufteilung der irakischen Öl-

reserven zugunsten der bisher ausgeschlossenen US-Konzerne; es meint die Absicherung der US-Hegemonie durch Zugriff auf einen arabischen Raum, aus dem die USA (nach Werner Ruf) knapp 10% ihrer Ölimporte, ihre Konkurrenten in der Triade aber deren 40% (Europa) bzw. 70% (Japan) beziehen! „Geopolitik“ wiederum erschöpft sich nicht in der Bereitstellung neuer Militärbasen, sondern sorgt sich um dauerhafte Superiorität: durch die Etablierung eines stabilen Brückenkopfes im Zentrum des „clash of civilizations“, vor allem aber durch die Absicherung der neugewonnenen sicherheitspolitischen Kontrolle Zentralasiens bzw. Eurasiens von Süden her.

An der völkerrechtlichen Illegitimität des geplanten Irakkrieges kann so wenig gezweifelt werden wie an dessen politischer Irrationalität. Aber auch die politische Ethik, aus deren Arsenal sich USA und NATO gern versorgten, gibt diesmal wenig her. Kommt Richards Falks gründliche Überprüfung der Anti-Irak-Politik zum Schluß, ein US-Angriff verschaffe selbst dem diskreditierten Regime in Bagdad einen gerechten Kriegsgrund, so möchte ich ein anderes ethisches Bedenken stark machen. Dem ordnungspolitischen Begehren der Supermacht, die irakischen Verhältnisse nach den erklärten Maßgaben der Selbstverteidigung, der Beförderung des Weltfriedens und des Schutzes der Menschenrechte neu zu ordnen, steht die massive schuldhaft Verstrickung der USA in die Herstellung eben der Krisensituation entgegen, der sie nun mit Krieg begegnen will. Moralische und materielle Wiedergutmachung und kooperativer Multilateralismus, nicht aber gewalttätig-interessierte Bereinigung des

Konflikts durch eine Partei lautet der ethische Imperativ einer (noch) rechtlich verfaßten Weltgemeinschaft. Was, zugespitzt auf den „neuen Terrorismus“ und die irakische Herausforderung überschreitend, weiter fragen läßt: Was sollte einen Staat, dessen subkutaner Eigen-Terrorismus und allfällige Terrorismusförderung ein public secret darstellen, ohne dass er bis heute sich zu praktisch relevanter Selbstkritik bereit gezeigt hätte, qualifizieren zum glaubwürdigen Agenten eines moralisch legitimierten Anti-Terrorismus?

Nun verlangt Ethik sicher mehr als Politik, gleichwohl sind ethische Reflexionen des vorgeannten Typs für jede deliberierende Öffentlichkeit von großem Gewicht, ihre gründliche Ausarbeitung, Verteidigung und Verbreitung mithin Merkposten ziviler Friedenspolitik. Deren bisherige Diskussion hat gezeigt, dass die ethische, rechtliche und politische Kriegskritik sich zwangslos verknüpfen läßt mit kurz- und mittelfristigen Kriegsalternativen. Diese reichen von einer an den ursprünglichen Abrüstungsforderungen der UN orientierten Vermittlungstätigkeit ihrer zentralen Organe zwischen USA und Irak (mit dem Ziel der ungehinderten Waffeninspektion wie der Aufhebung sozial destruktiver Wirtschaftssanktionen) bis hin zu vertraglichen und institutionellen Konstruktionen einer dauerhaften Friedensordnung für den Nahen und Mittleren Osten (Regionales Rüstungskontrollsystem gemäß Res. 687; Gewaltverzichtsvertrag Iraks mit den Nachbarstaaten, incl. Israel; eine „N a h o s t - G e m e i n s c h a f t“ (Galtung) nach dem Muster der EG). Nichts davon dürfte gehen, wenn die USA auf ihrer Forderung eines Regimewechsels oder der Irak auf seiner Obstruktion der UN-Kontrolle beharren.



Margarete Jäger/Siegfried Jäger (Hg.)  
 Medien im Krieg  
 Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen  
 301 Seiten, € 18  
 ISBN 3-927388-79-3, 2002

Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben die Medien eine herausragende Rolle gespielt. Sie haben dazu beigetragen, Zustimmung, mindestens aber Hinnahme des Krieges im Massenbewusstsein zu erzeugen. Durch ihre immer wieder beteuerte Haltung, Fakten bringen zu wollen, dies aber nicht können, durch die ständige Präsentation erschütternder Bilder konnten sich Hilflosigkeit und Ohnmachtsgefühle ausbreiten, obwohl der Krieg durch die Bevölkerung weitgehend abgelehnt wurde. Dagrgrn konnten auch die kritischen Stimmen in den Medien nichts ausrichten. Fünf Aspekte werden herausgearbeitet:  
 Die angebliche Unvermeidbarkeit des Krieges  
 Die Kritik am Krieg in den Medien  
 Die Funktion der Bilder  
 Die Diskussion der militärischen und politischen Strategien  
 Die Sicht der Medien auf die Rolle der Medien im Krieg

# Sicherheitshalber Krieg führen

Wie Manfred Opel, Militärexperte der SPD, sich die Zukunft der Bundeswehr vorstellt

von Ernst Schulte-Holtey

Kriege führen für Wohlstand und Sicherheit – so könnten die Forderungen des ehemaligen Brigadegenerals Manfred Opel zusammengefasst werden, mit denen dieser sich im April 2002 an ein einschlägig militärisch interessiertes Publikum wandte. Manfred Opel war zu diesem Zeitpunkt stellvertretender sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages. Seine Thesen zur weiteren Militarisierung der deutschen Außenpolitik veröffentlichte er in einem Beitrag zur »Zukunft der Streitkräfte« in der Fachzeitschrift »Soldat und Technik«.<sup>1</sup> Die der deutschen Rüstungsindustrie nahestehende Zeitschrift wird vom Verteidigungsministerium gesponsert und innerhalb der Bundeswehr zur politischen Bildung empfohlen. Opel greift in seinem Beitrag die seit Mitte der 1990er Jahre entwickelten us-amerikanischen Konzepte zu *preventive defence* auf, die die Bush-II.-Regierung inzwischen zur offiziellen US-Militärdoktrin erklärt hat.

Manfred Opel geht in seinen Überlegungen von einer sich verändernden sicherheitspolitischen Situation Deutschlands aus. Sein Szenario gleicht den bekannten Situationsbeschreibungen der Globalisierung: Deutschland kennzeichnen wie die anderen reichsten Staaten der Erde soziale und ökonomische Strukturen, die die Grenzen der nationalen Territorien längst überschritten haben. Opel interessiert allerdings nicht die daraus folgenden gravierenden Asymmetrien von Macht und

Ohnmacht, Wohlstand und Armut, Lebenschancen und Hoffnungslosigkeit. Ihm geht es darum, wie der *status quo* und vor allem ein ungehemmtes Weiter-so in Deutschland zu sichern ist: »Die wachsende Verwundbarkeit und Abhängigkeit entwickelter Länder [...] von störungsfreien Wirtschaftströmen macht ihren Schutz schwieriger«. In dieser Perspektive gefährdeten politische Entscheidungen, soziale Konflikte und Terrorismus vitale Interessen und Ressourcen der *global players*. Entsprechend schwer fällt es, die ungestörte Entwicklung dieser Staaten zu gewährleisten, geschweige denn militärisch zu schützen – friedensbewahrende Überlegungen liegen jenseits des Denkhorizontes der vorgetragenen Argumentation.

Militärischer Schutz gegen die a-territorialen Gefahren sei nicht durch die Sicherung des staatlichen Territoriums zu gewährleisten. Opel verwirft die darauf zielenden defensiven Sicherheitskonzepte der Vergangenheit: die starke Verteidigungsarmee und die Strategie des Kalten Krieges, des »Gleichgewichts des Schreckens«. Eine militärische Sicherung gegen die gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen des *global players* Deutschland könne nur auf eine neuartige Art und Weise gewährleistet werden – Opel nennt diese neue Militärstrategie »Präventive Konventionelle Verteidigung«. Er spricht von militärischen Interventionen, die weltweit, *out of area* in Krisengebiete und Gefahrenherde eingreifen. Sie umfassen – bei minimalstem eigenem Risiko – ein

mögliches Operationsspektrum von der demonstrativen Zerstörung eines ausgewählten Einzelziels bis hin zur vollständigen Vernichtung eines potentiellen Feindstaates mit seinen militärischen Einrichtungen ebenso wie seinen sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen. Opel hebt einen erzieherischen Wert dieser Militärstrategie hervor: Staaten, deren Politik als Risiko für Deutschland eingeschätzt werde, kann auf diese Weise unmissverständlich gedroht werden, sie um ganze Stufen ihrer gesellschaftlich-zivilisatorischen Entwicklung zurückzubomben, wenn sie ihre Politik nicht änderten. Die maßgeblich von den USA geführten Kriege von 1991 gegen den Irak sowie 1999 gegen Jugoslawien dürfen als Modellfälle dieser Strategie angesehen werden. Opel verwendet die geläufigen Begriffe für solcherart weltweit geführte Kriege der reichen Staaten: »Friedensbewahrende und friedensschaffende Operationen« sowie »die Bekämpfung des neuen Terrorismus«.

Die neue Interventionsarmee charakterisiert Opel als professionell, klein, mobil, flexibel und high-tech-gerüstet. Er beschreibt damit das Profil der Bundeswehr, wie er es für die Zukunft fordert. Neben hochspezialisierten Berufssoldaten, die in kleinen Einheiten eingesetzt werden können, soll die Bundeswehr mit den neuesten Entwicklungen der Waffen-, Aufklärungs- und Informationstechnologie um- und aufgerüstet werden. Das viele Geld, das dies die Gesellschaft kosten werde, sei allerdings kein Haushaltsposten zur Finanzie-

rung einer Armee. Opel argumentiert, dass es sich um »Aufwendungen für die eigene Sicherheit« handle. Und die seien keine konsumtiven, sondern investive Ausgaben: staatliche Wirtschaftsförderung, die im Nebeneffekt den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa stärke. Opel plädiert dafür, parallel zum Umbau der Bundeswehr eine koordinierte europäische Rüstungsindustrie auszubauen. Rüstungsexport sei als Instrument der ›Friedens-, Sicherheits- und Stabilitätspolitik‹ zu begreifen: Auf diese Weise könne verhindert werden, dass Rüstungsfabriken an anderen Orten gebaut würden oder dass Staaten »ihre Waffen aus dubiosen, dunklen oder unverantwortlichen Quellen besorgen«.

In diesem Zusammenhang hebt Opel einen ganz anderen Aspekt hervor, von dem in seinem Szenario bis dahin gar nicht die Rede war: Die USA behandle beim Rüstungsexport ihre NATO-Partner »wie unmündige Kinder«. Aus dieser Position müssten die europäischen Staaten, müsse Deutschland herauswachsen. Und er beschwört eine ganz andere Bedrohung als diejenigen, von denen er sonst gesprochen hatte: »Wenn wir aber in Europa nicht *jetzt beginnen*, diese neuen militärischen Fähigkeiten *anzuwenden*, werden wir erneut den technologischen Wettbewerb mit der USA verlieren« (Hvhg. ESH.). In der Konkurrenz der Großmächte um die ersten Plätze im weltweiten Ranking gehört nach Auffassung des ehemaligen Brigadegenerals und Abrüstungsbefürworters der 80er Jahre eine militarisierte deutsche Außenpolitik zur Normalität.

<sup>1</sup> Manfred Opel: Die Zukunft der Streitkräfte – Herausforderungen und Optionen. In: Soldat und Technik 4/2002, 7–14. Volltext im Internet unter URL <http://www.soldat-und-technik.de/artikel-04-02/sicherheitspolitik.htm>.



### Im 21. Jahrhundert gibt es für Krieg keine Rechtfertigung mehr

Die „Koalition für Leben und Frieden – Life and Peace“ setzt ihren Dialog mit den 60 Intellektuellen des Instituts für American Values fort

Im Februar 2002 haben 60 US-Intellektuelle, unter ihnen Samuel Huntington und Francis Fukuyama unter dem Titel „What we are fighting for“ ein Manifest veröffentlicht, mit dem sie der US-Regierung ihre Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zugesagt haben. Zentrales Argument für diese Unterstützung war die Theorie des gerechten Krieges, welche die einzig vertretbare moralische und intellektuelle Position sei. Im Manifest heißt es. „Auf der Grundlage dieser Theorie (des gerechten Krieges, d.V.) sind wir davon überzeugt, dass der Gebrauch von militärischer Gewalt gegen die Mörder des 11. September und gegen diejenigen, die sie unterstützen, nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern sogar moralisch geboten ist.“

Nicht nur amerikanische Intellektuelle protestierten gegen dieses Manifest. Unter dem Titel „Eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit sieht anders aus“ formulierten im Mai 2002 deutsche Intellektuelle die Ablehnung einer solchen Position. Darauf reagierten Anfang August wiederum die amerikanischen Kollegen. Ihre erneute Bekräftigung der „Theorie des gerechten Krieges“ und die Legitimierung amerikanischer Machtpolitik wurde von den deutschen Print-Medien bereitwillig aufgenommen. So erhielt z.B. Peter Schneider drei Seiten im SPIEGEL, um mit den Amerikanern gegen seine deutschen Kolleginnen zu polemisieren. Die Resonanz des Antwortschreibens ermutigte nun die Initiatoren der Koalition, Hans-Peter Dürr, Heiko Kauffmann, Mohssen Massarat und Frank Uhe, den Dialog öffentlich fortzusetzen. Unter dem Titel „Im 21. Jahrhundert gibt es für Krieg keinerlei Rechtfertigung mehr“ verfassten sie eine Replik, die ebenfalls von zahlreichen Personen unterstützt wird.

Nähere Informationen sind über [info@gcn.de](mailto:info@gcn.de) oder [www.gcn.de/coalition](http://www.gcn.de/coalition) zu erhalten. (M.J.)

# Zuwanderungsgesetz und Flüchtlingspolitik

Ein Gespräch mit Heiko Kauffmann von PRO ASYL

*Das neue Zuwanderungsgesetz hat die Erwartungen von PRO ASYL sicherlich nicht gänzlich erfüllen können – obwohl es in einzelnen Bereichen, z.B. bei der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung, durchaus Verbesserungen gibt. Welche Forderungen stellst Du aus Sicht von PRO ASYL an eine Novellierung des Gesetzes – denn diese steht doch wohl an, oder?*

In der Tat, die Erwartungen, die wir gegenüber der rot-grünen Regierung, die sich in ihrem Handeln ständig auf die Einhaltung der Menschenrechte berief, hatten, sind mit dem Zuwanderungsgesetz bitter enttäuscht worden. Man muss leider sagen, dass der angekündigte Paradigmenwechsel überhaupt nicht eingetreten ist und dass das Gesetz sogar weit hinter den Erwartungen der sogenannten Süsmuth-Kommission zurückgeblieben ist. Das Gesetz zeichnet sich besonders durch seine Unterlassungen aus. Ich denke da vor allem an die alltägliche Verletzung der Menschenwürde für viele Flüchtlinge infolge des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Situation minderjähriger Flüchtlinge, an die Situation illegalisierter Menschen, um nur ein paar Punkte zu nennen.

Mit dem Zuwanderungsgesetz ist insofern ein ökonomisch bedingter Richtungswechsel von der Politik vollzogen worden, dessen Kernpunkte aber weiterhin in Kontrolle, Begrenzung und Steuerung bestehen. Ein liberales und humanes Einwanderungsgesetz ist im Verlaufe der Debatte zu einem Zuwanderungsbegrenzungsgesetz mutiert. Der Schaden, der dadurch entstanden ist, darf nicht unterschätzt werden.

Vor dem Hintergrund einer so eng

geführten Debatte kann sich in der Bevölkerung kein Einstellungswandel gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen einstellen, kann vorhandener Rassismus nicht abgebaut werden. Damit wird eine Integrationspolitik, wie sie uns vorschwebt, eher vollständig verschüttet. Hinzu kommen die unsäglichen Auswirkungen, die für Flüchtlinge und Einwanderer durch die Anti-Terror-Pakete entstehen. Als Reaktion auf die Terroranschläge wurden auch in Deutschland Bürgerrechte beschädigt und das Völkerrecht geschwächt. Einwanderer und Flüchtlinge sind hiervon besonders betroffen, weil sie praktisch unter einen generellen Terrorismusverdacht gestellt werden. Für Ausländerinnen bzw. Flüchtlinge ist der Datenschutz praktisch gänzlich beseitigt. Auch Geheimdienste, Polizei und Militär wurden mit immer mehr Eingriffs- und Kontrollbefugnissen ausgestattet. Insofern wurde mit den Anti-Terror-Paketen, die ja vor der Verabschiebung des Zuwanderungsgesetzes in Kraft traten, der rassistische Bazillus in Deutschland verstärkt, weil und sofern pauschal Einwanderer und Flüchtlinge als eine Gefahr und als potentielle Täter angesehen wurden. Deshalb muss das Zuwanderungsgesetz auch unter dem Gesichtspunkt der Anti-Terror-Pakete gesehen werden. Es besteht also keinerlei Anlass zu Freude für Menschenrechtsorganisationen und Ausländer in Deutschland. Es wird ein hartes Stück Arbeit sein, die immer größer werdenden Kluft zwischen Recht und Humanität zu verringern.

*Doch was kann PRO ASYL leisten, um in der zweiten rot-grünen Legislaturperiode den Druck auf die Regierung zu erhöhen?*

Wir verstehen uns nicht nur als Lautsprecher und Stimme für Flüchtlinge und Einwanderer in unserem Land. Das machen wir auch, wenn wir versuchen, über Medien die Anliegen dieser weitgehend diskriminierten Menschen öffentlich zu machen. Doch es kommt uns auch darauf an, diesen Personen selbst eine Stimme zu geben. Das bedeutet konkret die Stärkung und Unterstützung der Flüchtlingsgruppen, die zum Beispiel um ein Bleiberecht kämpfen oder gegen die Änderung der Residenzpflicht. Die Flüchtlingsgruppen sollen auf diese Weise selbst zu Handelnden werden. Sie müssen ihre Forderungen artikulieren können, um humanitäre Annäherungen erreichen zu können. Denn es bleibt ja – leider – bei den vielfältigen strukturellen Diskriminierungen. So bleibt die Residenzpflicht unangestastet, die in Europa eine einzigartige Schikane gegenüber den Betroffenen darstellt. Als im Frühjahr eine europäische Richtlinie zur europäischen Abschaffung der Residenzpflicht diskutiert wurde, legten die deutschen Vertreter ihr Veto ein. Die Folge ist, dass die Residenzpflicht nicht nur weiterhin besteht, sondern plötzlich in den populistischen Regierungen Nachahmer findet. Auch die Abschiebungshaft wird nicht abgeschafft. Dasselbe gilt für die Strafandrohung gegenüber denjenigen, die Flüchtlingen Hilfe gewähren. Es besteht weiterhin die Pflicht, bei Kenntnis Daten an das Ausländeramt etc. weiterzugeben. Es gibt keinen Einstieg in die Lösung der Probleme der als illegal in Deutschland lebenden Personen, sondern es steht zu befürchten, dass noch mehr Flüchtlinge in die Illegalität getrieben werden.



### Wieso befürchtest Du das?

Nun, der rechtliche Status von Menschen, die bisher in Deutschland geduldet wurden und deren Abschiebung ausgesetzt wurde und die infolge des Wegfalls der Duldung künftig nur eine Bescheinigung erhalten, liegt auf niedrigstem Niveau: Die Betroffenen können gezwungen werden, in den sogenannten Ausreiseeinrichtungen zu wohnen, in denen sie eine „intensive soziale Betreuung“ zur Ausreise nötigen soll. Dies kann unterschiedslos Kinder und Traumatisierte treffen; die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass viele Flüchtlinge zu unrecht in diesen Zentren landen und dann von sich aus zermüht in die Illegalität abgleiten – was offenbar das kaum verhohlene Ziel dieser Zentren ist.

*Im November jährt sich zum 13ten Mal die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention. 1992 hat Deutschland diese Konvention ratifiziert. Dennoch hat sie hier keine Gültigkeit, weil die Regierung die Konvention unter Vorbehalt gestellt hat. Als Preisträger des Kinderrechtspreises des „Blauen Elefanten“ von 2001 frage ich Dich, wie kann es sein, dass Deutschland diesen Vorbehalt nach vier Jahren rot-grüner Koalition nicht zurückgenommen hat?*

Weil sich bisher die Hardliner der Innenpolitiker und der Innenminister haben durchsetzen können. Und dass, obwohl die Abgeordneten von Grünen und SPD unsere Bemühungen, diesen Vorbehalt zu Fall zu bringen, deutlich unterstützt haben. Ihnen und uns ist klar, dass hier Völkerrecht für Kinderflüchtlinge noch nicht umgesetzt ist. Doch bisher hat die Staatsraison das Sagen gehabt, haben diejenigen, die mit dem völlig überholten Bild von der Homogenität des deutschen Volkes Politik machen, die Aufhebung des Vorhaltes blockiert –

obwohl sich auch der Petitionsausschuss des Bundestages unserer Sicht angeschlossen hat. Es gibt hier eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Innenministern und den Abgeordneten ihrer Parteien.

*Erwartet Du, dass der Vorbehalt in den nächsten Jahren aufgehoben wird.*

Ich gehe davon aus. Das Bild von Deutschland in der Welt und in Europa wird nämlich durch diesen Vorbehalt erheblich beschädigt. Ich denke, dass dies die Politik nicht zulassen kann. Doch mir geht es dabei nicht in erster Linie um das schlechte Image von Deutschland. Denn Schaden nehmen natürlich in erster Linie die Kinderflüchtlinge in Deutschland, aber auch deutsche Kinder. Sie erleben, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, dass für Kinder aus anderen Ländern nicht das gilt, was für deutsche Kinder gilt, dass hier offenbar ein anderer Begriff von „Kindeswohl“ vorliegt. Hier steht die Frage, wie wir Kindern und Jugendlichen Toleranz, Achtung vor der Gleichheit aller Menschen und Kulturen vermitteln wollen, wenn sie selbst immer wieder bürokratische Benachteiligungen erleben und mit gesetzlich verankerten Vorurteilen konfrontiert werden. Diese Schädigungen und Gefährdungen von Lebensperspektiven und -einstellungen von Kindern kann sich kein demokratischer Staat auf Dauer leisten; denn es geht hier sowohl um die Zukunft der Kinder wie auch um die Zukunft der Demokratie und der Menschenrechte. Eine Regierung, die sich hierauf immer in besonderer Weise berief, hätte die selbstverständliche Pflicht die Vorbehalte endlich zurückzunehmen und die Konvention in vollem Umfang umzusetzen.



Eva Kaewnetara / Hans Uske (Hg.)

### **Migration und Alter Auf dem Weg zu einer kulturkompetenten Altenarbeit Konzepte – Methoden – Erfahrungen**

167 Seiten, € 14,80, 3-927388-77-7, 2001

Seit den 80er Jahren wird darüber diskutiert, was passieren muss, wenn ArbeitsmigrantInnen ins Rentenalter kommen. Die Probleme, die für die Betroffenen, die Gesellschaft und die Einrichtungen der Altenhilfe entstehen, sind prognostiziert, und es herrscht weitgehend Konsens über einen entsprechenden Handlungsbedarf.

So haben sich Verantwortliche in politischen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und auch in der Forschung damit beschäftigt, wie Angebote der Altenhilfe dieser Situation gerecht werden können und wie sich die Bedürfnisse von älteren MigrantInnen in die bestehenden Strukturen einpassen lassen. Dazu wurde eine Reihe von Modellversuchen installiert, in denen neue Wege einer für MigrantInnen offenen oder speziell auf sie bezogenen Altenhilfe erkundet wurden. Ihre Erfahrungen und Ergebnisse sind jedoch bisher kaum veröffentlicht, wichtiges Know how geht so verloren.

Das Buch „Migration und Altenhilfe“ beabsichtigt, die in solchen Projekten aufgefundenen Antworten zu dokumentieren, einzuordnen und für die Praxis zugänglich zu machen. Es enthält Beispiele erfolgreicher Praxis und Reflexionen der damit zusammenhängenden Probleme.

# Die Zweite Intifada im deutschen Printmedien-Diskurs

## Die wichtigsten Ergebnisse der DISS-Studie im Überblick

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) hat unter Leitung von Prof. Dr. Siegfried Jäger und Dr. Margarete Jäger und im Auftrag des Berlin Office des American Jewish Committee eine Untersuchung der Berichterstattung zur Zweiten Intifada im deutschen Printmedien-Diskurs in der Zeit vom September 2000 bis August 2001 vorgenommen, bei der dem Israel-Bild besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Die Untersuchung führte zu den folgenden Ergebnissen:

- Die Analyse der Zuschreibungen zu Israel und den Israelis zeigte, dass Anspielungen auf biblische Ereignisse oder Sentenzen und andere antijudaistische Stereotypen (wie etwa Kindermord, Auge um Auge, alttestamentarische Rache etc.) antisemitische Diskurselemente in den deutschen Diskurs einfließen lassen.
- Solche antisemitischen Diskurselemente rufen häufig die deutsche Vergangenheit auf. Dies geschieht in Gestalt von Projektionen, durch die Kritik am Faschismus auf Juden und Israel übertragen werden („selektive Kollektivstrafe“ „der häßliche Israeli“ der Vergleich von Sharon mit Hitler). Hierdurch wird gleichzeitig eine Relativierung der deutschen Vergangenheit vorgenommen.
- Es findet sich eine Fülle von negativen Charakterisierungen der Israelis oder des Staates Israel, durch die der Konflikt personalisiert und verallgemeinert wird. Es werden Abwertungen vorgenommen, durch die den Personen ihr Subjektstatus aberkannt wird, indem sie mit Maschinen („Bulldozer“) oder Tieren („gurrender Falke“, „Bulle“) verglichen werden. Auch Fahnenbegriffe wie z.B. ‚Kriegstreiber‘ und ‚Haudegen‘ „Scharfmacher“ „personifizierte Katastrophe“ und „Fanatiker“ heizen den Diskurs auf und dämonisieren die dargestellten Personen oder Gruppen.
- Auch gegenüber Palästinensern werden Negativzuschreibungen vorgenommen, die dem in Deutschland verbreiteten Zuschreibungsfeld „Rassismus“ angehören („hysterisierte Masse“, Rückständigkeit). Seltener sind negative Zuschreibungen zu Palästinensern, die als für diese Gruppe spezifisch angesehen werden. („islamistische Eiferer“, „Märtyrer“).
- Die in der Berichterstattung eingenommenen Perspektiven sind häufig paternalistisch. Die Dargestellten werden dann aus einer vermeintlich unangreifbaren Position von Fortschrittlichkeit, bei der man sich auf erreichte demokratische Errungenschaften beruft, abgewertet. Dabei werden Israel (und die Autonomiegebiete) vornehmlich aus dem Blickwinkel von Mord und Totschlag wahrgenommen. Dass es sich bei Israel um eine in weiten Teilen laizistische Gesellschaft handelt, wird kaum beachtet und kann deshalb keinen Eingang in das durch den Diskurs vermittelte Israel-Bild finden.
- Journalist:innen ziehen sich häufig hinter Zitate in direkter oder indirekter Rede oder/und auf Interviews zurück und bringen damit Kritik oder Sympathie stellvertretend zum Ausdruck. Doch die negativen Symbole und Zuschreibungen, die in solchen Texten vorkommen, zeitigen die gleichen Effekte wie bei Texten von Journalist:innen. Diese Diskurstaktik tritt vorzugsweise dann auf, wenn die israelische Konfliktseite kritisiert wird.
- Negative Effekte entstehen auch dadurch, dass den Gräueltaten der einen Seite diejenigen der anderen entgegengestellt werden. Sie diskreditieren beide Seiten, auch wenn dies der Absicht entspringt, dadurch einseitige und vorurteilsbeladene und/oder -erzeugende Berichterstattung zu vermeiden,
- Die verwendete Kollektivsymbolik trägt mit zu einer Dramatisierung und Sensationalisierung der Berichterstattung über die Zweite Intifada bei. Damit wird der gesamte Nahe Osten als quasi naturwüchsiger ‚Brandherd‘ inszeniert. Sowohl Israelis wie auch Palästinenser werden durch diese Symbolik in gleicher Weise als unvernünftig und gefährlich dargestellt. Dabei rückt sie gesellschaftliche Konflikte in die Nähe von Naturereignissen oder technischen Prozessen. Diese Gleichsetzung findet ihren beredtesten Ausdruck in dem Symbol von der „Spirale der Gewalt“.
- Der Diskurs über die Zweite Intifada enthält mit den dort produzierten negativen Zuschreibungen zahlreiche Anchlüsse an deutsche historische und aktuelle Diskurse. Auch durch diese Anschlussstellen sind die produzierten Texte oftmals dazu geeignet, in deutschen Diskursen vorhandene antisemitische und rassistische Vorurteile zu reproduzieren oder auch erst herzustellen.

# Die Zweite Intifada und die Medien Reaktionen auf eine DISS-Studie

Die Ende Mai 2002 in Berlin in einer Kurzfassung vorgestellte DISS-Studie zur "Nahost-Berichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien" (s. die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse auf der linken Seite) hat ein breites und vielschichtiges Echo gefunden. Es ist offenbar nicht leicht auszuhalten, das diskursanalytische Stethoskop an einen aktuellen Konflikt der Weltpolitik, den Nahost-Konflikt, zu halten und dies in Deutschland vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zu tun.

Andreas Disselnkötter ordnet die Ergebnisse und die Medienreaktionen in den derzeitigen Intifada-Diskurs ein. Wir drucken einige Auszüge aus seinem Artikel, der in der Zeitschrift „Tribüne“ (41. Jahrgang, Heft 163, S. 10-16) veröffentlicht wurde.

Auch Jobst Paul hat die Medienreaktionen gelesen und daraufhin befragt, weshalb sie derart denunziatorisch, polternd und verbissen ausfielen. Wir bringen im folgenden Auszüge aus seiner Analyse, die vollständig abgedruckt ist in „kultuRRevolution, Zeitschrift für angewandte Diskurstherapie“ Nr. 44 (2002, S. 47-50)

## Nahost in der Zeitung

### Zum Anteil der Medien am neuen Feindbild »Israel« (Auszüge)\*

von Andreas Disselnkötter

Im Juli verabschiedete die Parlamentarische Kommission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei ihrer Zusammenkunft in Berlin eine Resolution, in der die Zunahme antisemitischer Gewalttaten in Europa als »alarmierend« bezeichnet wird.<sup>1</sup> Insbesondere in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien ist die Zahl der Angriffe auf jüdische Einrichtungen und Personen massiv angestiegen. Global gesehen, so der stellvertretende israelische Außenminister Rabbiner Michael Melchior Mitte Juli 2002, müsse in den vergangenen vier Monaten von der »größten Antisemitismuswelle seit dem Zweiten Weltkrieg« gesprochen werden. In diesem Zeitraum wurden auch in Deutschland aggressive, einseitige und pauschale Angriffe gegen Israel und Juden erneut legitimiert. Davon

zeugen vor allem die Äußerungen der Politiker, die inzwischen völlig unverblümt von einem israelischen »Vernichtungskrieg« sprechen oder konstatieren, Israel sei »selbst schuld« an der Gewalt der Al-Aqsa-Intifada – als handle es sich dabei um »Widerstand«. Dieser alt-neue Antisemitismus findet zunehmend auch öffentlichen Zuspruch.

Bei der Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung ist die Bedeutung der medialen Israel-Bildes offenkundig. Wer die Berichterstattung deutscher Medien in den vergangenen zwei Jahren verfolgt hat, sah und las nicht selten einseitige Sichtweisen, die zudem von dem Bedürfnis nach starker Vereinfachung geprägt waren. Hinzu kam ein aggressiver Sprachgestus.

Das in Berlin ansässige Europa-Büro des American Jewish Committee (AJC) wollte es ge-

nauer wissen: Welche kollektiven Bilder und Vorstellungen werden in deutschen Zeitungen von Israel vermittelt? Das AJC war gut beraten, ein Institut ohne Schwerpunkt in der Erforschung von Judentum und Antisemitismus zu beauftragen. Denn je nach Arbeitsergebnis hätte man von vornherein Parteilichkeit vermuten können. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) untersucht mit einem eigenen medienanalytischen Ansatz seit Jahren Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus in bundesdeutschen Medien und musste dabei auch aus der Medienwelt oftmals Schelte einstecken. Wer sieht sich schon gerne dem Vorwurf ausgesetzt, mit seiner Berichterstattung rassistischen Tendenzen zuzuarbeiten. Unter der Leitung von Prof. Siegfried und Dr. Margret Jäger hat das DISS

in enger Kooperation mit Barbara Fried (AJC) eine Studie erstellt,<sup>2</sup> deren Ergebnisse am 30.5.2002 in Berlin den Pressevertretern auf der Basis einer Kurzfassung präsentiert wurden: »Die Nahost-Berichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien, unter besonderer Berücksichtigung des Israel-Bildes. Analyse diskursiver Ereignisse im Zeitraum von September 2000 bis August 2001.«

Am Vortag hatte bereits Klaus Hartung in »Der Zeit« ein vernichtendes Urteil über die Studie gesprochen. Dieser erste Reflex, der von seinen Redaktionskollegen später entschuldigend relativiert wurde, deutet bereits die Brisanz des Themas an. Um es vorweg zu sagen: Was die Studie zutage fördert, ist in der Tat niederschmetternd und lässt sich am besten mit den Worten von Deidre Berger, der Leiterin des AJC, zusammenfassen: »Israel is under fire of the German media«.

...

### **Missverständnisse der Betroffenen**

Vor dem Hintergrund solcher Studien regen nicht zuletzt die nachhaltigen Reaktionen vieler Journalisten zu einer eingehenderen Lektüre der Kurzfassung der Studie an. Mit dieser haben sich Stefan Reineke und Christian Semmler von der taz befasst (1./2. Juni 2002). Ihr Verständnis kann als exemplarisch für das Unverständnis der Studie gesehen werden. So vermissen sie »exakte Empirie« und stellen eine »Meinungsfreude, die von Vorurteilen kaum zu unterscheiden ist«, fest. Es entstehe der Eindruck, der »Nahostkonflikt spiele sich eigentlich im Kopf der Journalisten ab«. Es war gerade das erklärte Ziele dieser Studie, jenseits von »Fliegenbeinzählerei« (empirische Sozialforschung) eine qualitative Analyse vorzunehmen. Dabei ging es nicht um Medien- oder Jour-

nalistenschelte. Vielmehr wurde nach dem Image der Konfliktparteien, nach antisemitischen Konnotationen und Stereotypen gefragt. Es ging also nicht darum, Antisemitismus gewissermaßen in die medialen Repräsentationsweisen hineinlesen zu wollen, sondern um das mediale Nahost-Bild mit seinen zahlreichen Facetten. Es wäre in der Tat überraschend gewesen, wenn dabei keine antisemitischen, antiisraelischen Äußerungsformen zutage gefördert worden wären. ...

Insgesamt wurden 427 von 2.505 erfassten Artikeln einer Diskursanalyse unterzogen.<sup>3</sup> Dieses methodische Instrumentarium erlaubt es, auf der Basis von wenigen Beispielen generalisierende Aussagen über kollektive Vorstellungen und Anschauungen zu treffen. Möglich wird dies durch den Blick auf verschiedene mediale Verfahrensweisen und deren Zusammenwirken. Insbesondere Symbolstrukturen erweisen sich als ausgesprochen relevant. Ihre Verwendung gehört zum Handwerkszeug journalistischer Praxis, um komplexe Sachverhalte allgemein verständlich zu machen.<sup>4</sup> Ihr wertender Charakter entfaltet sich erst durch den aktuellen politischen Zusammenhang. Da räumt ein Bericht zunächst ein, dass der Brand in Nahost mehrere Ursachen hat, die auf beiden Seiten zu suchen sind. Dann aber wird festgelegt, wer ständig Öl ins Feuer gießt (Israel, Ariel Scharon etc.). Damit ist - symbolisch gesprochen - der oberste Brandstifter ernannt. Israel trägt also die alleinige Verantwortung für weitere Gewalt.

...

### **Alter und neuer Antisemitismus**

... Die Duisburger Wissenschaftler haben verschiedene Anordnungen (zeitliche Abfolge) von Artikeln und Bildelementen un-

tersucht und festgestellt, dass durch sie allein bereits »vor allem die israelische Seite« kritisiert werde. ...

Viele (Kritiker der Studie, d.Red.) ... versuchten, die »deutsche Qualitätspresse« gegenüber dem Zugriff eines Instituts in Schutz (zu) nehmen (...), weil dessen Arbeitsergebnisse schon vorab festgestanden hätten. ... Die Duisburger haben jedoch Zurückhaltung gezeigt: etwa dann, wenn sie hervorheben, dass einige Aussagen erst »je nach Verwendung und Verwender antisemitische Bedeutung« erhalten können. Viele der angeführten Belege lassen sich nicht in die Tradition antisemitischer Vorurteile einordnen, allenfalls wäre von neuen Qualitäten oder antisemitischen Formen zu sprechen. Wenn vom »Massaker am palästinensischen Volk« die Rede ist, dann ist dies ein Beispiel jener Parteilichkeit, die erst im Kontext zusätzlicher Bilder eine antisemitische Dimension entfaltet.

Leichter nachzuvollziehen sind da altbekannte Formen; etwa die Rede von der »jüdischen Weltverschwörung« auf der Achse Israel-USA oder der Kennzeichnung von Juden als »macht hungrig« und »heuchlerisch«. Zudem zeigen sich zahlreiche Bezugnahmen auf Nationalsozialismus und Schoah: etwa als Projektionen, wenn Israelis und Palästinensern unterstellt wird, sie litten unter einem »Flüchtlings- und Opferkomplex, von dem sie sich nicht befreien können« (FR, 22. November 2000). Mit solchen Bildern wird, so die Studie, auf die Kollektivschuld der Deutschen angespielt.

Eine auffällige Neuerung zeigt sich bei der Zuschreibung negativer Charakter- und Körpermerkmale. Ariel Scharon wird einerseits bildlich in Panzer gesetzt und als »Bulldozer« dargestellt, zusätzlich aber noch als »wahn-

sinnig« und »unberechenbar« markiert. Solche Formen der Negativzeichnung fanden sich in den deutschen Medien bislang vor allem in Bezug auf arabische oder persische politische Führungen und die jeweiligen Bevölkerungen – von Ghaddafi bis zum »irren Saddam«. Sie lassen sich aber nicht ohne weitergehende Untersuchungen der antisemitischen Tradition zuordnen wie z.B. jene christlich tradierten Vorurteile, die laut DISS-Studie zuhauf vorkommen. Offenbar deutet sich eine neue Qualität in der Negativzeichnung Israels an, die ausgesprochen wirkungsmächtig die weitere Isolation und – symbolisch gesprochen – noch stärkere Distanzierung Europas von Israel zur Folge haben kann.

#### Palästinenser

Das Prinzip der Blickverengung auf Gewalt gilt auch in Bezug auf

Palästinenser, die insgesamt als religiöse »Fanatiker« erscheinen. Der Islam wird nicht nur in Bezug auf die Nahostberichterstattung pauschal mit Gewalt identifiziert. Dies hat Effekte auch für die in Deutschland lebenden Ausländer oder Flüchtlinge aus arabischen Ländern, die seit den Anschlägen vom 11. September in New York tendenziell als islamistisch angesehen und unter Generalverdacht gestellt werden. Die Duisburger sehen Anschläge zwischen der Nahostberichterstattung und einzelnen Mediendiskursen um Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

....

Für Leser der Studie ... wird deutlich, dass die Position eines Jürgen Möllemann nicht mehr randständig ist. Sie ist in mittlerweile bei der täglichen Zeitungslektüre anzutreffen.<sup>5</sup>

*\*Der vollständige Artikel ist abgedruckt in der Zeitschrift Tribüne, 41. Jahrgang, Heft 163, S. 10-16. Siehe auch [www.tribuene-verlag.de](http://www.tribuene-verlag.de). Wir danken der Redaktion für die Abdruckgenehmigung.*

<sup>1</sup> Zu der Frage, ob es einen neuen Antisemitismus in Europa gibt, vgl.: Schoenfeld, Gabriele: Israel and the Anti-Semites. In: Commentary, June 2002, Vol. 113, No.6.

<sup>2</sup> (...)

<sup>3</sup> Es gibt verschiedene Ansätze, was unter Begriffen wie Symbol oder Diskurs verstanden werden kann. Beim DISS stützt man sich insbesondere auf: Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg 2. Aufl. 1999. Einen Überblick bietet der Beitrag von Frank Becker/Ute Gerhard/Jürgen Link: Moderne Kollektivsymbolik. Ein diskurstheoretisch orientierter Forschungsbericht mit Auswahlbibliographie. In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Bd. 22, H. 1, 1997, S. 70-154.

<sup>4</sup> Vgl. dazu allgemein: Link, Jürgen: Zur Struktur des Symbols in der Sprache des Journalismus. München 1978.

<sup>5</sup> (...)

## Medien und Diskursanalyse - eine heftige Begegnung

Die DISS-Studie trifft auf Kritik, auf Interesse - und auf Breitseiten (Auszug)\*

von Jobst Paul

...

Tatsächlich spiegelt die Medienreaktion ... eine Begegnung zwischen Medien und Diskursanalyse, die es in dieser Nähe - und Explosivität - bisher noch nicht gab ...

Auf einem anderen Blatt stehen freilich Stimmen, die die DISS-Studie zum Vorwand für ganz anderes genommen haben, insbesondere für denunziatorische Abrechnungen mit dem DISS selbst, die teilweise mit neuen antisemitischen Breitseiten garniert sind. So möchte Heribert Seifert (EPD)

dem diskursanalytischen Ansatz des DISS nicht nur deshalb den Garaus machen, weil er ihm medienkritische Untauglichkeit und Zirkelhaftigkeit vorwirft ("Entschieden ist schon vorab, dass das Böse im Text steckt"). Vor allem betreibe das DISS in einer "durch öffentliche Aufträge geförderten Nischenwelt" die "Jagd nach den immergleichen Gespenstern", im Namen einer "deutschen Zivilregilion", die "die ewigen deutschen Übel Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" bekämpfe.

Etwas deutlicher wird Seifert in

einer Replik für die NEUE ZÜRCHER ZEITUNG,<sup>2</sup> in der ihm nun auffällt, dass sich nicht nur der AJC eines Instituts der "früheren radikalen Linken" bediene (gemeint ist das DISS), sondern auch die JÜDISCHE ALLGEMEINE ZEITUNG die "Neigung" habe, sich Leitartikel "gern von einem Redakteur der linksradikalen Monatsschrift KONKRET schreiben zu lassen." Die These von jüdischen "Allianzen" mit "einer sektiererischen Linken" und deren "restmarxistischen Ressentiments" (Seifert NZZ) findet sich auch in einer denkwürdigen Wertung in der FAZ: "Selt-



same Allianzen sind das," schreibt L.J. [= Lorenz Jäger] und meint damit den AJC und das DISS, an dem "Think-tank-Zuarbeit für linke Projekte" betrieben werde. ...

Den fälligen Schluss auf ein 'jüdisches' Sponsoring des DISS und auf eine käufliche Gegenleistung überlässt Lorenz Jäger dann aber doch Claus M. Wolfschlag in (der rechtsextremen, d.Red.) JUNGE FREIHEIT: "Wer beim DISS Studien in Auftrag gibt, kann sich im voraus äußerst sicher sein, was er dafür erhält. So werden politische Absichten bedient. Und soviel Passgenauigkeit scheint auch ihr Geld wert zu sein." ...

Die Presseschau zur Veröffentlichung der Kurzfassung der DISS-Studie kann nicht enden ohne einen Blick zurück auf jene Reaktion, die chronologisch den Anfang machte<sup>3</sup> und die nicht ungeschehen gemacht werden kann, auch wenn sie zwischenzeitlich zurückgezogen wurde. Denn die "Aufmachung" von Klaus Hartungs ZEIT-Artikel zeigt, wozu sich ein renommiertes Blatt der deutschen Qualitätspresse

berechtigt fühlte, bevor sich die Kritik der DISS-Studie in der ZEIT-Redaktion schließlich gesetzt hatte. Die Deutung einer Karikatur (siehe oben):

Mitten auf der Straße und zwischen hohen Häusern mauern Männer ein Haus hoch. Bauarbeiter sind es nicht: Kipa, Mäntel und Schläfenlocken weisen sie als orthodoxe Juden aus, die - ein Davidstern (als Emblem einer Bau-Firma) und die Aufschrift "Siedlung" machen das klar - mit der öffentlichen Ordnung, mit Großstadtverkehr und Eigentumsrechten wenig am Hut haben. Aber die Maurerei ist zu weit fortgeschritten, als dass man annehmen könnte, die Passanten, die Anwohner, die Polizei, die Geschäfte ringsum hätten erst jetzt etwas bemerkt.

Offenbar haben sie die Szene längst verlassen, ohne ein Wort zu verlieren: Niemand an den Fenstern, die Passanten gehen wohl seit Tagen Umwege, die Anwohner sind zu Verwandten gezogen, die Polizei hat das Viertel stillgelegt und die Geschäftsinhaber haben Konkurs angemeldet, vielleicht auch günstige Kredite

bekommen, um woanders von vorn anzufangen. Vielleicht sind einige schon ausgewandert oder haben sich umgebracht.

Klar ist nur - ohne Murren. Die Bevölkerung ist ökologisch tolerant: Wo Hornissen oder Bienen gerade wollen, gründen sie ihre Völker. Albert Schweitzer in Tateinheit mit der hinduistischen Ehrfurcht vor Kühen ist gelebter Teil der deutschen Mentalität geworden. Natürlich könnten die Siedler auch Außerirdische sein: Der BND analysiert Tag und Nacht die Kommunikation auf der Baustelle, aber das ist ja nicht neu. Als vor Jahren - mitten in Ehebetten von Anwohnern oder in deutschen Eichen - reihenweise Moscheen gebaut wurden, ist Fachwissen zusammengekommen, das man nun anwendet.

Und so beschließt der Stadtrat - wie die "Bürger von Calais" oder der Krisenstab bei einem Banküberfall - einen Unterhändler zu bestimmen, der sich der fremden Macht stellen muss. Im Fall der vorliegenden Karikatur ist es ein deutscher Gemeindegewalt, der sich - mit Blöckchen in der Hand und unter Aufbietung äußerster



# Über rechten Anti-Intellektualismus

## 15 Thesen

von Kurt Lenk

1

Das Idealbild, die Legende vom modernen Intellektuellen zeigt einen Menschen, der „freischwebend“ und unabhängig von den fixierten Machtpositionen seiner Zeit mit seiner Urteilskraft allein der Wahrheit und seinem Gewissen verpflichtet ist, und, sobald er auch politisch Stellung bezieht, stets der Sache der jeweils Ohnmächtigen und Schwächeren beisteht. Freilich ist dieses Porträt eines kritisch-distanziert über den Dingen stehenden und zugleich engagierten Intellektuellen eine geschönte Utopie.

Die Geschichte lehrt, daß auch Intellektuelle sich in der Regel nicht so verhalten können als wären sie zwar *in*, aber nicht *von* dieser Welt. Auch sie unterliegen dem ehernen Gesetz des Zwangs zur Selbsterhaltung.

Einer der ersten Kritiker der zeitgenössischen Intellektuellen, *Julien Benda*, hat 1927 vor dem Hintergrund des aufkommenden gesamteuropäischen Autoritarismus und Faschismus den „Verrat der Intellektuellen“ gegeißelt. Er sah in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine Flut lebensphilosophischer Irrationalismen heraufkommen, die gerade jene zu ihren Erzeugern hatten, denen es ihrer Bestimmung nach aufgetragen war, kollektive Mythen (wie Nation, Volk, Rasse usw.) kritisch aufzulösen. Benda zeigte, wie umstandslos Intellektuelle das preiszugeben bereit sind, wofür sie einzustehen hätten: den Dienst an der Wahrheit. Begeben Intellektuelle sich auf den Markt, um Politik zu machen, so drohen ihnen zwei Gefahren: entweder sie scheitern als „unbewaffnete Propheten“ gleich dem Mönch Savonarola oder aber sie müssen Kompromisse schließen, die unter Umständen in blanken Opportunismus umschlagen können.

2

Die lange Geschichte der europäischen Intellektuellen war - bei Licht besehen - bis ins späte 19. Jahrhundert hinein eine Abfolge von Niederlagen, beginnend mit der Utopie Platons, die Staatslenker sollten Philosophenherrscher sein, weder über Besitz noch familiäre Bindungen verfügen, um so ganz den Prinzipien des Staats leben zu können.

Einen ersten - nicht bloß symbolischen - Sieg über die scheinbare Allmacht staatlicher Verhältnisse errangen an der Wende zum 20. Jahrhundert die „Dreyfußards“, die mit der Anklage Emile Zolas (Artikel „J'accuse“ in der Zeitung „L'aurore“ am 13. Januar 1898) dem Recht zum Durchbruch verhalfen. Von da an wurde die Formel „Ich klage an“ geradezu zum Kennzeichen des machtkritischen Habitus der Intellektuellen, die sich berufen fühlen, in der Öffentlichkeit gegen jedwedes Unrecht aufzustehen.

3

Vom Kampf der französischen Intellektuellen gegen das herrschende Bündnis von Militär, Staatsmacht, Justiz und „gesundem Volksempfinden“, gespeist von Nationalismus und Antisemitismus, datiert denn auch die Affinität großer Teile der Intellektuellen mit der politischen Linken, ein Bündnis, das sich trotz der gängigen Rede vom Überholtsein des Links-Rechts-Schemas bis heute stets erneut einstellt. In dieser Optik steht die intellektuelle Linke für Fortschritt, Gerechtigkeit und Modernität, während der überkommenen Rechten das Festhalten an den bestehenden Verhältnissen und die Verteidigung privilegierter sozialer Positionen zugeschrieben wird.

4

Dieser simple Dualismus von linkem, intellektuellem Fortschrittsstreben und rechter Rückwärts-gewandtheit erfährt seit geraumer Zeit eine herbe Korrektur. Das Schrumpfen politischer Handlungsspielräume, die Ausrufung des „Endes der Politik“ im Sinne ihrer Abschaffung durch die Allmacht ökonomischer Imperative, gar eines „Endes der Geschichte“ überhaupt bestimmt die gegenwärtige prekäre Situation und Befindlichkeit der Intellektuellen. Im Gefolge der weitverbreiteten Rhetorik einer „Mitte“, die sich zum TINA-Prinzip („there is no alternative“) bekennt, entstand eine *neue* Trennlinie zwischen Pragmatismus und Ideologie, Modernität und Rückschritt, Mäßigung und Radikalität. Für diese Frontverschiebung plädiert ein Wort wie das des alten und neuen Bundeskanz-



lers, wonach es keine rechte oder linke, sondern nur mehr eine moderne oder unmoderne Wirtschaftspolitik geben könne. Die darin zum Ausdruck kommende Option einer sachzwanggeleiteten „Normalität“ im Sinne einer entschiedenen Absage an den Status quo überschreitende utopische Entwürfe ist längst auch zum Panier einer „Neuen Rechten“ geworden, die seit dem Pariser Mai 1968 sich zum Anwalt des technischen Fortschritts gegen intellektuelles „Gutmenschentum“ erklärt hat (Vg. hierzu die Schriften von Armin Mohler). Es versteht sich, das mit einer solchen Definition ideologiekritische Analysen bestehender Machtverhältnisse obsolet, anachronistisch und jedenfalls unzeitgemäß erscheinen müssen, geschlagen mit dem Signum ihrer Vergeblichkeit.

## 5

Diese Situation der Intellektuellen ergibt sich jedoch nicht allein aus der Bestreitung ihres Monopols auf Fortschritt und Modernisierung, sondern mehr noch aus einer seit längerem virulenten radikal-skeptischen Einstellung zur Zivilisation überhaupt. Schon der französische Soziologe *Emile Durkheim* hat die im Laufe des 19. Jahrhunderts eingetretene Urbanisierung und Modernisierung als Konsequenz des Zusammenbruchs aller tradierten religiösen, familiären und sonstigen Bindungen gedeutet, wobei ihm die Selbstmordstatistik zum Menetekel für den hohen Preis des Fortschritts wurde. Es war zur selben Zeit die Gestalt und das Werk *Friedrich Nietzsches*, der mit seinen epochemachenden Thesen zur Dekadenz der Moderne das Bewußtsein für einen europäischen Nihilismus begründete, von dem gerade in unserer Zeit die lebensphilosophischen Strömungen des Antiintellektualismus gespeist sind.

## 6

Der Antiintellektualismus heute verweist nicht etwa auf persönlich oder moralisch zurechenbare Defizite, sondern muß als Folge eines langwährenden Verfalls der „freien“ Intelligenz gewertet werden. Wo immer bürgerliche Klassen nicht mehr in der Lage waren, sich den Luxus einer quasi klassenlos-freischwebenden Intelligenz zu leisten, fand auch der einstige Begriff eines universalistischen Intellektuellen sein Ende. Erst recht gerät das intellektuelle Projekt stets dann in die Defensive, sobald der Verlust konkreter Utopien jeden Avantgarde-Anspruch dementiert. Im Zeichen drohender globaler Katastrophen war und ist die Pfadfinder-Funktion der Intellektuellen problematisch geworden, vor allem dann, wenn - aller scheinbaren Dynamik zum Trotz - weite Teile der Gesellschaft von Ungewiß-

heit und Zukunftsängsten bestimmt werden und mögliche Reformen blockiert scheinen.

## 7

Die Frage des Verhältnisses von Vernunft (Verstand, Intellekt) und Wille (Instinkt) gehört zu den großen Themen der Metaphysik des Abendlandes. Während in der griechischen Antike im allgemeinen die Erkenntnis über dem Wollen und Handeln rangierte und damit zum Vorbild eines jeden Intellektualismus der Folgezeit werden konnte, entstand im Spätmittelalter - bei *Duns Scotus* - eine voluntaristische Gegenströmung: nicht der Wille hänge von der Vernunft, sondern die Vernunft vom Willen ab. Denn in Wahrheit sei der Wille ein schlechthin Letztes und daher seinem Wesen nach frei. Mit dieser auch von den Mystikern *Eckehart* und *Nikolaus von Kues* verfochtenen Prämisse begann eine Erschütterung des tradierten Intellektualismus, die im beginnenden 19. Jahrhundert unter anderem Vorzeichen erneut eintrat. Vor allem war es *Johann Gottlieb Fichte*, der das Handeln, die Tat, als die Wurzel unserer Existenz und allen Wissens bestimmte. In seiner Wendung gegen den „Dogmatismus“, der die Erkenntnis zum Prinzip des Lebens machen wollte, erklärte Fichte umgekehrt das Leben selbst zum Höchsten. Zum eigentlichen Begründer des metaphysischen Voluntarismus wurde schließlich *Arthur Schopenhauer*, der den „Willen zum Leben“ als einen starken Blinden symbolisierte, der einen sehenden Gelähmten, d.h. den Intellekt, auf seinen Schultern trage. Funktion dieses Intellekts sei es, dem blinden Willen ein Licht vorzuhalten, um seine dunklen Pfade zu beleuchten. Trotz dieser Zuerkennung des Wirkprimats an den Willen erkannte Schopenhauer gleichwohl dem Intellekt den Wertprimat zu, eine Auszeichnung, die erst beim späten Friedrich Nietzsche eine fatale Umkehr erfuhr: er steigerte den Willen zum „Willen zur Macht“, der damit zum Höchstwert avancierte. Von da an werden alle auf Nietzsche folgenden lebensphilosophischen Strömungen zu Verfechtern eines mehr oder minder aggressiven Antiintellektualismus, der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen das Feld beherrschte.

## 8

Richtungsweisend für die politisch rechte Kritik des Antiintellektualismus wurde Nietzsche seit seiner Frühschrift über die „Die Geburt der Tragödie oder Griechentum und Pessimismus“ (1872), worin er das Phantasma des „theoretischen Menschen“ konstruierte, den er in *Sokrates* verkörpert sah. Dieser wird ihm zum Sündenbock für den Nieder-

gang des tragischen Zeitalters der Griechen. In seiner „Götzendämmerung“ (1888) hat Nietzsche seine antisokratische Polemik in die Formel gefaßt: „Sokrates war ein Mißverständnis; die ganze Besserungs-Moral, auch die christliche, ... die Vernünftigkeit um jeden Preis, das Leben hell, kalt, vorsichtig, bewußt, ohne Instinkt, im Widerstand gegen Instinkte war selbst nur eine Krankheit ... - und durchaus kein Rückweg zur „Tugend“, zur „Gesundheit“, zum Glück ... Die Instinkte bekämpfen müssen - das ist die Formel für *décadence*: solange das Leben aufsteigt, ist Glück gleich Instinkt“ (Götzendämmerung, Stuttgart 1954, S.93).

Das Vergehen des Sokrates sieht Nietzsche in einer ruchlos-optimistischen Gleichsetzung von Vernunft=Tugend=Glück, was jede Tiefe und Tragik des menschlichen Lebens zersetze und an die Stelle eines dionysischen (das Harte, Schauerliche, Böse, Problematische des Daseins aus überströmender Gesundheit bejahende) Lebensgefühls ein bieder-intellektualistisches Menschenbild treten lasse. Während Schönheit, Schrecken, Tragik und Mythos für Nietzsche zur Substanz des menschlichen Lebens gehöre, sei mit dem Sokratismus eine Lebensverneinung aufgekommen, die mit ihrem blutleeren Intellektualismus, ihrem unheroischen Nützlichkeitsglauben an den Fortschritt der Wissenschaften in den Nihilismus führen mußte, der nun zum Signum der Epochen geworden sei. Beides: Fortschritts- und Vernunftglaube gelten nun als das Ressentiment der Schlechtgeratenen und als sublime Rache an den Vornehmen. Sie sind Ausdruck einer *décadence*.

## 9

Intellekt und Bewußtsein gelten fortan in der von Nietzsche inspirierten Lebensphilosophie (z.B. bei Ludwig Klages) als Verhängnis. Da das Leben und die Instinkte per se zutiefst amoralisch sind, gilt Moral in dieser Optik als lebensfeindlich, das Christentum als Ekel und Überdruß am Leben, das ein Jenseits erfunden hat, um das Diesseits zu verleumden. In alledem sieht Nietzsche einen „Willen zum Untergang“, ein Zeichen tiefster Erkrankung, Müdigkeit, Erschöpfung und Verarmung des Lebens.

## 10

Wie prägend dieser Anti-Sokratismus Nietzsches für die Folgezeit geworden ist, mag man noch an einer Karikatur des „aufklärerischen Menschen“ ablesen, die sich zu Beginn der 30-er Jahre in einer Darstellung der „Deutschen Literatur der Gegenwart“ findet. Dort heißt es: „Sein Denken ist abstrakt, vergewaltigend, übermächtig; seine Emp-

findung ist materialistisch, grobsinnlich, mittelmäßig; er scheut alle Extreme der Phantasie, der Leidenschaft, des Blutes in seinem Inneren; er schreckt zurück vor allen Gebieten, in denen das Erhabene, Überwältigende, Vernichtende und Erhebende von Geist und Natur die Kleinheit des Menschen erdrückt; er wendet sich vom Kosmischen, Religiösen, Ekstatischen ab; er läßt die Poesie der Sterne, die Gefühlsgewalt des Heiligen, die Ekstase des Dichters an sich vorbeiziehen... Sein Ziel ist: das Böse durch menschliche Moralität zu besiegen. Der Aufklärer ist der untragische Mensch, der Anti-Platoniker, der Systematiker, dem alles durch Denken Untertan ist“ (Werner Mahrholz, Deutsche Literatur der Gegenwart, Berlin 1930, S. 20). Auch Wilhelm Stapel (1882-1954), jungkonservativ-völkischer Publizist, hat in seiner Schrift „Der christliche Staatsmann. Eine Theologie des Nationalismus“ (1932) eine Zivilisationskrankheit ausgemacht, die er „Gehirnethik“ nennt: „Das Wachstum des Intellekts geschieht auf Kosten der gesamt menschlichen Substanz ... der Instinkt wird dünn und unsicher... Aber der Intellekt wächst und sucht durch Berechnung ... das quellende Gefühl, den Instinkt zu ersetzen. Während der Mensch immer mehr in das Reich des Intellekts hineinwächst, dorrt die Wurzel seiner Existenz ab. An die Stelle der unmittelbaren, unbewußten Reaktionen des Menschen ... tritt die Gehirnethik“ (Der christliche Staatsmann, Hamburg 1932, S. 194f.). Schließlich hat ein Spezialist für „betriebliche Leistungserziehung“, G. Messarius, den Typ des Intellektuellen als ein Resultat der „Wesenszersetzung“ ausgemacht: „Ein langsam einsetzendes Auflösen der seelischen Gehalte erfolgt in der Regel beim Betroffenen völlig unbemerkt“ (126), woraus sich schließen läßt, daß man auch im Schlaf zum Intellektuellen werden könnte. Für solch „lytische Vorgänge“ ist freilich Rassenmischung die handfestere Erklärung: „das abstoßende Gehabe und der Lebensstil der Juden sind reine Ausprägungen einer vollendeten Lyse“ (126) (G. Messarius, Können und Charakter . Der Mensch in der Leistungserziehung, Leipzig 1944).

## 11

Antibürgerliche Affekte und antisemitische Sentiments bilden unübersehbar entscheidende Komponenten des modernen Antiintellektualismus. Zur Charakterisierung ihrer Feindbilder „Liberaler“ und „Jude“ dient stets auch das Wort „Zersetzung“. Gemeint ist damit die Infragestellung jenes „Organismus“, als welchen das antiintellektualistische Weltbild sich dem Kosmos und die Gesellschaft vorzustellen pflegt. Der Topos „Zersetzung“ beglei-

tet die Rhetorik des Antiintellektualismus von Anfang an. Er wird schließlich zur Kampfparole gegen alles, worin das NS-Regime den Feind sah: Bolschewismus, Freimaurerei, Individualismus, Judentum, Liberalismus, Parlamentarismus, Pazifismus, Römisches Recht und Universalismus.

Thomas Mann hat in seinem großen Nietzsche-Essay von 1947 diese perverse Rezeption wie folgt umschrieben: „Alles, was er in letzter Überreiztheit gegen Moral, Humanität, Mitleid, Christentum und für die schöne Ruchlosigkeit, den Krieg, das Böse gesagt hat, war leider geeignet, in der Schund-Ideologie des Faschismus seinen Platz zu finden“ (Schriften, 3. Band, Ffm. 1968, S. 41).

### 12

Ein scheinbar harmloser Begriff enthält den Kern des Antiintellektualismus in der Weimarer Republik: der des „Systems“. Die Komposita Systempolitiker, -presse, -regierungen dienten dazu, das republikanische Verfassungswesen als geschichtlich überholte und „überwundene“ Epoche darzustellen, da das „System“ Weimar für etwas bloß rational Konstruiertes, planmäßig Geordnetes und Künstliches stehen sollte. Es galt als das absolute Gegenteil des völkischen Gemeinschafts- und Staatsverständnisses der Nationalsozialisten. Dem entspricht es, wenn *Alfred Rosenberg* im „Mythus des XX. Jahrhunderts“ den ganzen „blutlosen, intellektualistischen Schutthaufen rein schematischer Systeme“ fortgeräumt wissen will. Sein Kampf gegen die „dekadenten Hornbrillenwesen“ war begleitet von Attacken auf die Weimarer Republik, die ihm - hierin repräsentativ für die ganze NS-Bewegung - als „abstrakt, instinktlos, kalt, wurzellos und zersetzend“ galt. Schließlich war es *Hitler* selbst, der vor Verlegern und Journalisten im Jahre 1938 freimütig bekannte: „Wenn ich so die intellektuellen Schichten bei uns ansehe, leider, man braucht sie ja, sonst könnte man sie eines Tages, ja, ich weiß nicht, ausrotten oder so was“ (Zit. nach H. von Kotze/ H. Krausnick: Es spricht der Führer, Gütersloh 1966, S. 281).

### 13

In der Rhetorik von Joseph Goebbels spielen bei seiner Version eines dezidierten Antiintellektualismus die Komposita mit „Asphalt“ eine große Rolle. Er spricht wiederholt von „Asphaltpolitik“, „Asphaltmenschentum“, „Asphaltpresse“, „Asphalt-demokratie“ und „Asphaltintellektualismus“. Auch in dem 1936 erschienenen 1. Band von *Meyers Lexikon* finden sich gleich mehrere Eintragungen mit dem Stichwort Asphalt:

„**Asphaltpolitik**, die in den Nachkriegsjahren ent-

standene volksfremde Kultur. – Asphaltliteratur, Bez. für Werke wurzelloser Großstadtliteraten, vor 1933 Mode- und Verfallserscheinung zum Teil artfremder Herkunft.

**Asphaltpresse**, Abart der Großstadtpresse (sensationslüstern und gewissenlos), die auf den Asphaltstraßen und den Boulevards (Boulevardpresse) der Großstädte vorwiegend im Einzelverkauf marktschreierisch vertrieben wird, auch in ihrer inhaltlichen Gestaltung nur auf Sensationsbedürfnisse Rücksicht nimmt. Im nat. soz. Deutschland beiseite.“ (Spalte 627)

### 14

Die anlässlich der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 veröffentlichten 12 Thesen „Wider den un-deutschen Geist“ sowie die beim Verbrennungsritual gerufenen Feuersprüche enthalten wiederholt Aufforderungen zur Überwindung des Intellektualismus:

„Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Überwindung jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben“ (These 10)

„Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewusste Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus ...“ (Zit. nach Joseph Wulf: Literatur und Dichtung im Dritten Reich Reinbek 1966, S. 44f., 49f.).

Derartige Parolen bedürfen wohl kaum einer Interpretation. Sie symbolisieren exakt jene einst von Karl Kraus geprägte Kurzformel für den Faschismus: als „Aufstand der Phrase zur Tat“.

### 15

Verfolgt man die Geschichte des asymmetrischen Kampfes der politischen Gewalten gegen die Intellektuellen, so stößt man auf eine merkwürdige Paradoxie: Man beginnt zu zweifeln an der scheinbaren und anscheinend „ewigen“ Ohnmacht des Geistes vor den Machthabern, sobald die Instrumente der Zensur in all ihren groben und sublimen Formen in den Blick kommen. Dann zeigt es sich, daß der zuweilen allzu berechtigten Furcht non-konformer Intellektueller vor deren Zugriff aufseiten der Herrschenden eine tiefsitzende Angst vor der Macht des freien und unreglementierten Worts entspricht. Von den Tagen der Inquisition bis in die totalitären Systeme des 20. und 21. Jahrhunderts hinein war das gedruckte Wort nicht selten das Opfer von Autodafés; gleichwohl hat sich - bislang wenigstens - die Überlieferung von Gedächtnis und Erinnerung nicht unterkriegen lassen. Bücherverbrennungen galten in Wirklichkeit jener anamne-

tischen Kultur, die ihrer Natur nach allen Herrschaftsformen mit Kritik und Skepsis begegnen: „Diese Angst vor dem Buch und seiner Wirkung ist die Angst vor dem unendlich großen Kontinent des kulturellen Gedächtnisses, ohne den keine erfüllte Gegenwart und keine menschliche Zukunft zu denken ist“ (Wolfgang Frühwald: Über die Angst vor dem Buch und die Erinnerung, in: Leviathan, H. 3 (2002), S. 309). Ob das Ende der Gutenberg-Galaxis, das gegenwärtig sich abzeichnet, in diesem Punkt an die Stelle gedruckter Überlieferung die tabula rasa eines gedächtnisarmen, ahistorisch vegetierenden Automaten, Repräsentant einer neuen, weithin technisch perfektionierten Barbarei, setzen kann und wird, steht dahin. In der ge-

genwärtigen Konkurrenz unterschiedlicher Speichermedien gibt es kaum eine Möglichkeit für begründete Vorhersagen. Wie so oft hängt wohl auch dieser kulturell bedeutsame Ausgang primär davon ab, ob die Fähigkeit zu kritisch-intellektueller Distanznahme zu den eher kommerziell fundierten technischen Novitäten tradierbar ist. Frühwald, derzeit Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, versteht sich seinerseits zu einem „sie wissen es nicht, aber sie tun es!“: „Jene Wissenschaftler, die sich heute autark wähnen in der Benutzung digital transportierter, aktuell-flüchtiger und der Speicherung angeblich nicht würdiger Informationen, wissen überhaupt nicht, welche Kulturrevolution sie damit anzetteln“ (a.a.O., S. 308).

## Zur Chomsky-Instrumentalisierung der extremen Rechten

von Alfred Schobert

Angekündigt mit der blutroten Kopfzeile „Warum Israel das Recht bricht“, erschien Ende Juni in Gerhard Freys *National Zeitung (NaZe)* ein ausführliches „Interview mit dem jüdischen Philosophen Chomsky“. Der Teil wurde mit „Wer stürzt die Welt in den Krieg? Was ein mutiger Jude enthüllt“ angepriesen. Was hat der Linguist vom MIT, dessen großes Engagement gegen die imperiale Politik der USA ihn zu einem der herausragenden linken Intellektuellen unserer Zeit macht, mit der *NaZe* zu tun? In seiner Stellungnahme erinnert sich Chomsky nicht daran, jemals von der *NaZe* gehört zu haben. Er habe kein Interview mit ihr geführt und schloss: „So there is nothing to worry about.“ Ist das so einfach? Warum wehrt sich Chomsky nicht gegen ein seiner Aussage nach gefälschtes Interview in einem rechtsextremen Blatt? Widersprüche dies seiner Interpretation der Meinungsfreiheit? Was macht Chomsky für die extreme Rechte attraktiv? Was ermöglicht seine Instrumentalisierung? Ein Grundzug seines Engagements und zwei konkrete Interventionen Chomskys ließen ihn zum Gewährsmann in der Publizistik der extremen Rechten werden. Erstens versuchen Teile der extremen Rechten in Deutschland, Chomskys Engagement gegen den US-Imperialismus zu vereinnahmen, gegen den sie auch sind – freilich um von imperialer Politik Deutschlands zu schweigen; einen beson-

deren Reiz erhält Chomsky dadurch, dass er häufig zugleich Israel als „Klientel-Staat“ der USA kritisiert.

Zweitens sind Chomskys Stellungnahmen zugunsten Norman G. Finkelsteins ein Aufhänger für die extreme Rechte. Während der Finkelstein-Debatte wurde Chomsky in der *NaZe* als „Verfechter freier Meinungsäußerung auch für revisionistische Autoren“ gefeiert. Zuvor war Chomsky in *Die Woche* publikumswirksam für Finkelstein eingetreten. Der Holocaust werde tatsächlich seit den späten 60er Jahren „zur Rechtfertigung der israelischen Besetzung im Nahen Osten“ und „aus innenpolitischen Gründen in den USA“ ausgebeutet.

Drittens stößt Chomskys Eintreten für die Redefreiheit des Holocaust-Leugners Robert Faurisson bei der extremen Rechten seit den 80er Jahren auf Begeisterung. Der Holocaust-Leugner Germar Rudolf plauderte im November 1995 in den *Staatsbriefen* aus, wozu jüdische Autoren und insbesondere linke jüdische Autoren den Nazis dienen (sollen). In seinem Artikel „Semitischer Revisionismus“ klaubt er sich einen „jüdisch-israelischen Revisionismus“ zusammen, zu dem er auch Chomsky zählt. Es gelte, Kontakte mit und zwischen „kritischen Israelis“ und „dissidenten Juden in westlichen Ländern aufzubauen, die auch Kontakte zum Holocaust-Revisionismus nicht scheuen“. „Ob die-

se israelischen Juden dann auch bereit sind, neben den gesellschaftlichen Folgen der Mystifizierung des Holocaust auch die historiographischen zu kritisieren, steht zu wünschen und bleibt abzuwarten“.

Hans-Dietrich Sander, Herausgeber der Staatsbriefe, übernahm diesen Vorschlag Rudolfs 1999, als er es „nach Schröders Wahlprogramm für möglich [hielt], die Linken zum Volk zurückzuführen“. Bei „strategische(n) Gesprächsrunden in Berlin“ schlug er vor, „Kontakt mit prominenten linken Juden in den USA aufzunehmen, z.B. Noam Chomsky und Norman Finkelstein“. Doch sein Vorschlag wurde von den Angesprochenen, darunter Horst Mahler, nicht akzeptiert. „Es wäre nicht auszudenken“, kommentierte Sander resigniert, „wie Deutschland heute aussähe, wenn es gelungen wäre, unsere Ideen, mit den Analysen von Finkelstein und Chomsky verbunden, ins linke Spektrum einzupflanzen.“

Da die extreme Rechte gezielt Chomsky zu vereinnahmen sucht, ist es um so bedauerlicher, dass in der linken Chomsky-Rezeption seine überaus problematischen Positionen so unkritisch aufgenommen werden. Die Chomsky-Biographie Robert F. Barskys verkommt in den Passagen über Chomskys Unterstützung des Holocaust-Leugners Faurisson zur Hagiographie und sieht Chomsky in der Rolle des Opfers einer Kampagne von „Klonen von Kommissaren“ (Chomsky).

Kommentarlos zitiert Barsky eine Passage aus einem Brief Chomskys: „In den späten siebziger Jahren zum Beispiel [...] war die einzige Zeitschrift, in der ich regelmäßig veröffentlichen konnte, Inquiry, die Zeitschrift des rechtsradikalen Cato-Institute.“ Diese Aussage könnte allerdings auf das „Interview“ Chomskys in der *NaZe* ein anderes Licht werfen; vielleicht ist das doch – und zwar grundsätzlich – something to worry about.

Chomsky selbst liefert mit seinem „grundlegendsten moralischen Prinzip“ eine kluge Orientierung für die Chomsky-Rezeption: „Das grundlegendste moralische Prinzip müsste dazu führen, die einheimischen Verbrechen im Vergleich zu denen der offiziellen Feinde ‘hochzuspielen’, also „diejenigen Verbrechen ‘hochzuspielen’, gegen die man etwas unternehmen kann.“ Demzufolge ginge es nicht darum, Chomskys Kritik an den USA lediglich aufzusaugen; vielmehr wäre sie einzubetten in die Kritik an Deutschland als Partner *und* Konkurrent der USA. Wie von selbst ergäbe sich dann auch eine politische Demarkationslinie zu all jenen, die aus teutonischer Motivation die USA kritisieren und sich dabei auch auf Chomsky berufen.



ISBN: 3-927388-83-1  
305 Seiten, EURO 19,90  
Duisburg 2002

Unter Institutionellem Rassismus lassen sich rassistische Praxen verstehen, die aus Institutionen hervorgehen. Kennzeichnend für diese Form von Rassismus ist, dass er durch Verordnungen und Gesetze verdeckt wird, in die rassistisches Wissen eingegangen ist. Diejenigen, die diese Verordnungen durchsetzen, können diese zwar durchaus billigen oder auch nicht; entscheidend ist aber die institutionelle Struktur, die für die Produktion von Rassismus verantwortlich ist.

Obwohl der Begriff des Institutionellen Rassismus in Deutschland durchaus umstritten ist, kann aufgezeigt werden, dass mit diesem Begriff produktiv gearbeitet werden kann. Dies wird sowohl anhand der theoretischen Auseinandersetzung mit ihm wie auch anhand der Analysen der Praxisfelder deutlich. Aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Blickwinkeln werden Gesetzesvorschriften, Praxen und Verfahrensweisen vorgestellt und kritisiert, denen Einwanderer und Flüchtlinge begegnen und die beseitigt werden müssen, wenn eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik nicht zum Etikettenschwindel verkommen soll.

Die hier versammelten Beiträge dokumentieren darüber hinaus die Zusammenarbeit von WissenschaftlerInnen und in politischer Praxis Tätigen, mit der eine notwendige Weiterentwicklung und Öffnung der Debatte über Einwanderung – auch im Kontext von Globalisierung – konstruktiv begleitet werden soll. In Zeiten, in denen Steuerung, Begrenzung und Kontrolle zu den zentralen Begriffen und Leitbildern in der Einwanderungspolitik zu werden drohen, erscheint dies dringend geboten. Es geht darum, „mehr Demokratie zu wagen“ und die im Zuge von Globalisierung und EU-Erweiterung zunehmend in Erscheinung tretenden populistischen Elemente in der Mitte der Gesellschaft zurückzudrängen.

Mit Beiträgen von Cordula Baldauf, Beate Brüggemann/ Rainer Riehle, Iris Bünger, Ingrid Dietrich, Margarete Jäger / Siegfried Jäger, Heiko Kauffmann, Stefan Keßler, Karl Kopp, Andrea Kothen, Ute Kurzbein / Frank Hartmann, Jürgen Link, Thomas Müller, Jobst Paul, Thomas Quehl, Michael Stoffels, Sigrid Töpfer und Kai Weber.



**Andreas Lösch**  
**Genomprojekt und Moderne**  
**Soziologische Analyse**  
**eines bioethischen Diskurses**  
**Frankfurt / New York**  
**(Campus)**  
**ISBN 3-593-36853-6**  
**Euro 49,00, 399 Seiten**

Eineinhalb Jahre nach der Ankündigung Craig Venters, das menschliche Genom nahezu vollständig entschlüsselt zu haben, diskutieren viele Bücher die unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten der Gendiagnostik. Diese soziologische Studie fragt nicht nach den Chancen und Risiken bzw. Möglichkeiten und Grenzen der Gendiagnostik. Sie untersucht die Redeweise *über* die Chancen und Risiken. Andreas Lösch analysiert in Anlehnung an die Machttheorie Michel Foucaults welche Wissensstrukturen diesen Redeweisen zugrunde liegen und in welche Machtstrukturen sie eingebettet sind. Aus dieser diskursanalytischen Perspektive heraus konfrontiert er seine Leserschaft mit innovativen Fragestellungen:

Warum wird zwischen einer molekularbiologischen Grundlagenforschung im Labor und einer human-genetisch-medizinischen Anwendung des Laborwissens in der Gendiagnostik und -therapie unterschieden?

Wie ist es möglich, vom Genomprojekt als Erkenntnis der menschlichen Natur zu sprechen und gleichzeitig dasselbe Genom bei der Patentvergabe als eine technische Erfindung zu behandeln?

Wie leitet eine Bioethik, ausgehend von einer Biologie / Natur, die nach besonderem Interesse der Forscher konstruiert wird, allgemeine Normen und Werte ab?

Im Zentrum der Diskursanalyse steht die Debatte um die Einrichtung des europäischen Humangenom-Forschungsprogramms. Lösch setzt sich mit Forschungsprogrammen, Technikfolgenabschätzungsberichten, bioethischen Konventionen und human-genetischen Beratungsrichtlinien auseinander. Er konstatiert, daß im Expertendiskurs zwischen einer naturerkennenden Genomanalyse und einer naturkonstruierenden Gentechnik differenziert werde. Hierdurch sei es möglich, die genetische Diagnostik als bloße Anwendung einer für sich genommenen neutralen genetischen Information zu konstituieren. Der Bioethik komme nach Lösch in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, zwischen Labor- und Gesellschaftsinteressen zu vermitteln. Sie übersetze das im Laborexperiment entworfe-

ne 'biologische Sein' in ein allgemeines 'gesellschaftliches Sollen'. Diese Vermittlungsfunktion demonstriert er exemplarisch in seiner Analyse der Bioethikkonventionen. In den Konventionen sei der Schutz der Menschenwürde zunächst in einen Schutz der genetischen Identität der Gattung übersetzt worden. Den bioethischen Diskursen zufolge würde zudem das Humangenomprojekt die genetische Identität definieren. Die Konsequenz dieser Diskursordnung sei, daß die Förderung des Projektes und der Genomforschung geradezu als rechtsstaatliche Verpflichtung konstituiert werde. Die endgültige Kopplung von Labor- und Gesellschaftsordnung erfolge dann in der human-genetischen Beratung. Hier würden die Ergebnisse der molekularbiologischen Labortechnik in Arzt-Patienten-Gesprächen mit Selbsttechniken der Individuen verbunden. Andreas Lösch belegt überzeugend wie über die Verbindung unterschiedlicher Wissensformen und Selbsttechniken aus dem genetischen Code der Labore ein gesellschaftlicher Code wird. Für ein theorieinteressiertes Fachpublikum ist diese Studie unbedingt lesenswert!

D.O.



**Georg Bollenbeck**  
**Tradition, Avantgarde,**  
**Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945,**  
**Frankfurt/M. (Fischer)**  
**1999,**  
**ISBN 3-10-00-4803-2**  
**463 Seiten, 34,77 Euro**

Das Buch stellt eine historische Diskursanalyse des Verhältnisses von Bildungsbürgertum und kultureller Moderne dar, das sich in der Weise entwickelte, daß zunehmend Unverständnis für die modernen Künste entstand und das Bildungsbürgertum damit darauf reagierte, einen radikalen Kunstnationalismus zu verteidigen, an den die Nationalsozialisten bruchlos anschließen konnten. Nachdem die liberale Vorstellung von der Autonomie der Künste über Bord geworfen war, konnten die Nazis sich als Retter >deutscher Kunst< aufspielen, sie verdammen die Moderne als dekadent und entartet und besetzten die Massenkultur mit ihren politischen Vorstellungen. Das Resultat war eine „reaktionäre Moderne“, eine brisante Mischung, die das Zitat von

Thomas Mann trefflich wie folgt beschreiben kann: „Das eben war das Charakteristische und Bedrohliche, die Mischung von robuster Zeitgemäßheit, leistungsfähiger Fortschrittlichkeit und Vergangenheitstraum, der hochtechnisierte Romantizismus.“

Die Analyse Bollenbecks trägt nicht nur Erhebliches zum Verständnis der Genese des Nationalsozialismus bei, es stellt auch ein schönes Beispiel für die Kraft der Diskursanalyse dar (wobei ein klein wenig verwundert, daß Bollenbeck den Begriff „Diskurs“ meidet und statt dessen von „Argumentationsweise“ spricht). Auf den Folgeband, der sich mit der Zeit nach dem Nationalsozialismus befaßt, darf man gespannt sein. S.J.



**Butterwegge, Christoph u.a.**  
**Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein.**  
 2002  
 Opladen (Leske + Budrich)  
 ISBN 3-8100-3419-3  
 288 Seiten, 18€

Christoph Butterwegge u.a. legen gehen von der Fragestellung aus, aus welchen gesellschaftlichen Bereichen (Ökonomie, Politik und Soziales) sich rechte Ideologien speisen, die dann in die Mitte der Gesellschaft eindringen. Dazu wurde umfangreiches Material zu Argumentations- und Propagandastrategien der extremen Rechten untersucht. Dabei behaupten die Autoren eine immer größer werdende Affinität rechter Themen zu denen der Mitte.

Die Innenpolitik der Bundesregierung wird hinsichtlich der Debatte um die GreenCard sowie den so genannten nützlichen Zuwanderer diskutiert. Caroline Reißhardt konstatiert, dass die Diskussion um das „Zuwanderungsgesetz“ zwar durchaus positiv zu bewerten sei, andere Integrationskonzepte jedoch vernachlässigt würden.

In einer Analyse der Arbeitgeber- und Gewerkschaftspresse wird festgestellt, dass dort Einwanderung hauptsächlich unter Nützlichkeitskriterien (Stichwort: Wirtschaftsfaktor) gesehen wird.

Medien der extremen Rechten (z.B. Junge Freiheit, Deutsche Stimme, National-Zeitung) übernehmen vorgegebene Themen aus den so genannten Medien der Mitte und bereiten sie mit den Ideologemen des Völkischen Nationalismus als Argumentationen für rechte Propaganda auf.

Gudrun Hentges betrachtet die Aussagen Bassam Tibis zur „Leitkultur“-Debatte unter dem Aspekt, dass dessen Position zur

Integration dahin führen kann, eine rigorosere Asylpolitik zu verfolgen. Seine Aussagen zu „unkontrollierter Zuwanderung“ lassen sich an Ideologien der extremen Rechten anknüpfeln.

Alexander Häusler befasst sich mit Schlagworten wie „selbstbewusste Nation“, „deutscher Stolz“ u.ä. und ihren Adaptionen durch rechte Bands, die diese Ideologeme für Jugendliche offenbar attraktiv in Musik umsetzen und so an die Politik der Rechten zu binden versuchen. Aber eben nicht nur rechte Szenen werden bedient, sondern auch wiederum die Mitte der Gesellschaft.

Um die Arbeit der Vertriebenenverbände geht es in einem Beitrag von Samuel Salzborn, der in dieser eine Enthistorisierung und Entkontextualisierung von Geschichte sieht.

Christoph Butterwegge erläutert den Einfluss moderner Bevölkerungswissenschaft auf rechte, völkische Positionen. Vor allem Themen wie Familie, Ehe, das Bild der Frau als Mutter enthalten biologistisch-sozialdarwinistische Positionen, die die Rechten als „normal“ zu lancieren versuchen.

Die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Untersuchungen oder die Verflechtungen von Ökonomie und Politik in diesem Kontext unterstützen die These von der Existenz rechter Ideologiebestandteile in der gesamten deutschen Bevölkerung. Die Auseinandersetzung der hegemonialen Medien mit dem Thema Rechtsextremismus verlagert diesen immer noch in einen Bereich, der ihn als außen-

stehendes, nicht immanentes Problem begreift. Gesellschaftliche Probleme, so zeigt der Band insgesamt, werden von der Rechten dazu benutzt, ihre Positionen in die „Mitte“ der Gesellschaft zu bringen und somit selber „hoffähig“ zu werden. Deshalb ist er für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Nationalismus durchaus lesenswert.

G.C.



**Pablo de Santis**  
**Die Fakultät.**  
 Roman.  
 Zürich (Unionsverlag)  
 ISBN 3-293002-96-X  
 224 Seiten, 16,80 Euro

In einem Seminarraum findet gerade eine hochspannende und differenzierte Diskussion statt. Ein Verwaltungsbeamter poltert gegen die Tür, reißt diese auf und schreit: Raus hier, dieser Raum wird gereinigt. Der Dozent beschwert sich in der Verwaltung der Universität über die schlimme Störung und erhält über einen Sachbearbeiter die Antwort: Es besteht kein

Grund zur Beschwerde. Es ist derjenige, der die Sitzung massiv gestört hatte.-

Es erfolgt eine anonyme Denunziation mit üblen sexuellen Anspielungen. Der Denunzierte wird vom Rektor peinlich befragt und aufgefordert, in Zukunft auf solche Perversitäten zu verzichten, ansonsten sei ein Disziplinarverfahren zu erwarten.-

Im Fakultätsrat erfolgt die Abstimmung über einen Antrag mit 11 Enthaltungen und einer Ja-Stimme. Grund: Der Antrag sei nicht auf dem Dienstweg gestellt worden. Der Antrag war auf dem Dienstweg erfolgt, was aber im Sekretariat übersehen worden war.-

Ein Kollege stirbt. Der Betreuer seiner Habilitation wird nicht davon unterrichtet; erst durch einen Zufall erfährt er Monate später, daß sein Schüler gestorben ist.-

Es erfolgt eine Bespitzelung, die dazu führt, daß ein Ruf erst viele Monate später erfolgt. Der Bespitzelte erfährt erst zehn Jahre später davon.-

Eine Dissertation wird von beiden Gutachtern mit magna cum laude bewertet. Bei der Disputation nimmt einer der Gutachter seine Note zurück und plädiert für non rite. Das Verfahren endet nach einer tumultartigen Sitzung mit der Note rite, weil die Beisitzer den Gutachter überstimmen.-

Diese kurze Liste ließe sich weiter auffüllen. Sie enthält keine Begebenheiten aus De Santis „Die Fakultät“, einem Roman, der die Universität als Labyrinth beschreibt. Sie hätten aber ausnahmslos dar-

in vorkommen können. Daneben ein paar Morde, ansonsten die gleiche Verwirrung und das gleiche Chaos wie im deutschen Uni-Alltag. Höchst lesenswert!

S.J.



**Heinz Brüggemann**  
**Architekturen des Augenblicks. Raum-Bilder und Bild-Räume einer urbanen Moderne in Literatur, Kunst und Architektur des 20. Jahrhunderts,**  
**Hannover (Offizin-Verlag) 2002,**  
**ISBN 3-930345-32-3**  
**580 Seiten, 34,80 Euro**

Wie die Analysen von Bollenbeck und auch die Untersuchungen Zeev Sternhells (zur Genese des Faschismus in Frankreich und Italien) versucht auch dieser Band, die Moderne, insbesondere die moderne Stadt, ihre Entwicklungen und Fehlentwicklungen (zu „Nicht-Orten“?) verstehbarer zu machen, ihre Ursprünge und Wandlungen aufzudecken anhand von Filmanalyse (Wim Wenders), Reflexion der (Groß-)Stadtentwicklung (Döblin), philosophi-

scher Reaktionen (Heidegger), Literatur (Kafka), Architektur (Le Corbusier und Ozenfant, Siegfried Giedon), Kulturtheorie (Benjamins „Passagen“), Roman (James Joyce „Ulysses“ und Musils „Mann ohne Eigenschaften“). Im Vordergrund steht die Frage „nach den Formen und Intensitäten der Aneignung der urbanen Räume, der technischen Stadt, ... nach den Lebensformen und Lebensmöglichkeiten in der urbanen Moderne, nach Selbstbemächtigung und Selbstverlust, nach Heimisch-Werden, Verortung und Atopie ihrer Bewohner.“ Kenntlich gemacht wird eine plurale, vielstimmige und mehrsinnige Moderne; zum Sprechen gebracht werden ihre unabgeholten Probleme und Träume – ein Rhizom, das sich jeglicher binären Erklärungen entziehen muß.

Die Lektüre von Brüggemanns sensiblen (Diskurs-)Analysen lohnt die Mühe, auch wenn sie manchmal ungeduldig macht: Die analysierten Texte werfen ihre Schatten überdeutlich voraus. Doch der Analytiker verzichtet (zu sehr) darauf, diese Schatten deutlich beim Namen zu nennen.

S.J.



**Michael Hardt, Antonio Negri**  
**Empire. Die neue Weltordnung,**  
**Frankfurt/M. (Campus) 2002,**  
**ISBN 3-593369-94-X**  
**461 S., 34.90 EUR**

Es gibt nur wenige Theoriewerke, die in den letzten Jahren ein so immenses Interesse hervorgerufen haben, wie „Empire“ von Antonio Negri und Michael Hardt.

Die Autoren verfolgen mit der universal angelegten Studie zwei Ziele: Einerseits die kritische Analyse der aktuellen Weltordnung, die als Macht-Netzwerk beschrieben und „Empire“ genannt wird. Andererseits sollen Widerstandsmöglichkeiten gegen das Empire ausgelotet werden – dies macht das Buch für die Linke so interessant, da es den neueren sozialen Bewegungen von Seattle bis Genua einen theoretischen Hintergrund liefert und neue Perspektiven bietet.

Dabei nehmen Negri und Hardt eine Position ein, die auf den ersten Blick verwundern mag: Die neue,



durch und durch kapitalistische Weltordnung wird nicht verteufelt, sondern geradezu gefeiert, da sich in ihr völlig neue Möglichkeiten für Widerstand böten.

Warum also dieser Optimismus? Erstens: Das Empire kenne – im Gegensatz zu früheren Imperien, die hier ausdrücklich nicht als Analogie dienen – kein Außen mehr. Sein Netzwerk umfasse den gesamten Globus, die Nationalstaaten fassen die Autoren als im Verschwinden begriffen auf. Die Macht des Empire stütze sich auf hegemoniale Elemente finanzieller, kommunikativer, kultureller und militärischer Art (wie etwa den Dollar als Weltwährung oder Englisch als Weltsprache), welche seine Einheitlichkeit garantierten. Einem globalen Widerstand stehe somit kein Nationalstaat mehr als Zwischeninstanz im Weg, und die zur Machterhaltung vom Empire geforderte Vernetzung eröffne ihm neue Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten.

Zweitens: Das Empire sei auf die Produktivität einer ihm entgegengesetzten Multitude angewiesen. Als Multitude bezeichnen Negri und Hardt eine Art erweitertes, globales Proletariat, das all diejenigen (also vom Müllmann bis zum Top-Manager!) umfasse, die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen ausgesetzt sind und die in ihrer Arbeit, die vornehmlich immateriell geworden sei, soziale Netzwerke, Kommunikation und Bio-Macht produzieren.

Bio-Macht, die Autoren entleihen den Begriff von

Foucault, sei der Machttyp, mit dem das Empire regiere. Foucault meinte damit eine positive Macht, die sich auf die Verwaltung des Lebens richtet, zum einen durch Disziplinierung der Körper, zum anderen durch regulierende Kontrolle über die Bevölkerung. Diese Macht sei in die Subjekte verlagert und in demokratischen Netzwerken organisiert; sie sei keine Macht von oben herab und liege deshalb eigentlich schon in der Hand der Multitude.

Hier liegt der Knackpunkt der Theorie: Die neue Spielart des Kapitalismus verlange nach der Bio-Macht, doch sie gebe gerade dadurch den unregelmäßig im Machtnetz verstreuten Widerstandspunkten die Möglichkeit, sich zu organisieren. Die Multitude sei auf das Empire, das ja selbst keinerlei Komponenten der sozialen Netzwerke produziere, nicht angewiesen und brauche sich nur von diesem zu emanzipieren; darin bestehe die Perspektive der Herausbildung eines "spontanen, elementaren Kommunismus".

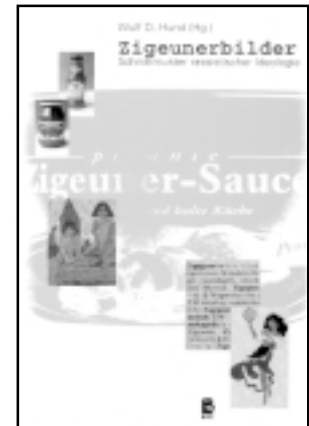
Aus dieser Analyse leiten Negri und Hardt im letzten Kapitel einige politische Forderungen ab, die alle einem positivistischen Argumentationsmuster folgen: Das Empire fordere von der Multitude Mobilität und sei auf deren Wanderungen angewiesen (ein Beispiel wären Immigrantengemeinden in den Global Cities, die wichtige Funktionen für die städtische Ökonomie ausüben), gestehe ihr aber keine völlige Bewegungsfreiheit zu und kriminalisiere

Migranten. Da aber für Negri und Hardt alle Aktivitäten der Multitude produktiv sind, müsse das Empire ihr ein Recht auf "global citizenship" zugestehen. In ähnlichem Stil fordern sie ein Recht auf einen gesellschaftlichen Mindestlohn und freien Zugang zu Informations-, Wissens- und Kommunikationsnetzwerken.

Am Ende bleiben viele Fragen offen: Die Autoren führen weder aus, wie denn ein postmoderner Kommunismus, der nach der Überwindung des Empire entstehe, aussehen könnte, noch machen sie konkrete Vorschläge, wie die geforderten Rechte denn umzusetzen seien. Manche Thesen scheinen überzogen und empirisch nicht ausreichend abgesichert.

Dennoch ist die öffentliche Aufmerksamkeit berechtigt, denn als historische Tendenzanalyse sowie als visionäres Manifest ist "Empire" ein wichtiges Werk: Es zeigt in Foucaultscher Manier, wie immer mehr Lebensbereiche von einem Machtdispositiv vereinnahmt werden, dem man sich an keinem Ort der Welt mehr völlig entziehen kann. Inwiefern Widerstand dagegen möglich ist und in der Realität erfolgt, wird sich jedoch erst noch zeigen müssen.

*Jonas Grauel*



Wulf D. Hund (Hg.)

**Zigeunerbilder  
Schnittmuster rassistischer Ideologie**

138 Seiten, €9 (18 DM)  
3-927388-74-2  
2000

Sinti und Roma werden in Deutschland besonders stark ausgegrenzt und abgelehnt. Als Hintergrund dafür kann ein jahrhundertealtes Stereotyp gelten, dessen zentrale Elemente bis heute fortgeschrieben werden. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei. Diese Vorurteile treten vielfach in Gestalt eines romantischen Rassismus auf. Gleichwohl transportieren sie einen ideologischen Zusammenhang, denn sie unterstellen der Figur des Zigeuners ethnische, soziale und romantische Eigenschaften.

## 15 Jahre DISS – 15 Jahre kritische Wissenschaft

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) feierte im September 2002 das fünfzehnte Jahr seines Bestehens. Offensichtlich hat sich das Konzept bewährt, sich als unabhängiges Forschungsinstitut gesellschaftlich brisanten Themen zu widmen.

1987 von Wissenschaftlerinnen der (damaligen) Gesamthochschule und heutigen Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Studierenden und Lehrerinnen gegründet, hat das Institut in Kooperation mit der Duisburger Universität eine Fülle von wissenschaftlichen und pädagogischen Projekten durchgeführt, deren Veröffentlichungen bei kritischen Wissenschaftlerinnen und demokratisch-fortschrittlichen Politikerinnen große Resonanz erfahren hat. Als linker Hecht im dominant konservativen Karpfenteich der Wissenschaften wurde das

DISS – wer hätte anderes erwartet – von konservativer und rechter Seite oft heftig angegriffen, wie erst jüngst die Ergebnisse eines Projektes zur deutschen Medienberichterstattung zum Nahostkonflikt. Insofern hat die Arbeit des Instituts insgesamt einen Beitrag dazu zu leisten vermocht, auf brisante und unsere Demokratie gefährdende Entwicklungen in Deutschland aufmerksam zu machen. Dies gilt sowohl für die vielfältigen Untersuchungen zum Einwanderungsdiskurs in Deutschland wie auch für die zu kriegerischen Konflikten (zuletzt: NATO-Krieg in Jugoslawien), die zeigten, dass trotz gegenläufiger Bestimmungen von Grundgesetz und Völkerrecht das Führen von Kriegen auch für Deutschland wieder als völlig normal inszeniert wird. Nicht zu vergessen sind die Untersuchungen zum aktuellen Rechts-

extremismus in Deutschland und seinen Anstrengungen, bei Jugendlichen Fuß zu fassen.

Unseren Geburtstag haben wir mit einem kleinen Festakt begangen, in dessen Mittelpunkt der Vortrag von Prof. Dr. Kurt Lenk (Erlangen) zum Thema „Der gemeinsame Nenner: Über rechten Anti-Intellektualismus“ stand. Kurt Lenk hat die Arbeit des DISS seit Jahren beratend begleitet. Als kritischem Wissenschaftler, der sich insbesondere zu Problemen der Ideologiegeschichte geäußert hat, liegen ihm die thematischen Felder des DISS besonders nahe, insbesondere die Projekte und Veröffentlichungen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Die wesentlichen Aussagen dieses Vortrags sind in diesem im DISS-Journal nachzulesen.

## DISS-Operationen im Umfeld von PDS, K-Gruppen und NRW-Landesregierung

Zu einigen Träumereien der *Junge Freiheit* in einem Artikel vom 14. Juni 2002

Auch die rechtsextreme *Junge Freiheit* meinte, sich zur Intifada-Studie des DISS äußern zu müssen. Sie beschränkte sich aber nicht auf die auch ansonsten häufig anzutreffende Denunziation dieser Studie, sondern holte ganz weit aus und stellte DISS-MitarbeiterInnen sogar in die Nähe der NRW-Landesregierung. Gegen den Artikel, der von Schiefheiten bis zu direkten Lügen strotzte, erwirkte das DISS eine einstweilige Verfügung. Sie musste zwei mal abgedruckt werden, da der zunächst erfolgte Ab-

druck ebenfalls fehlerhaft war. In einem zweiten Artikel vom 5. Juli äußerte sich der Autor Claus-M. Wolfschlag dann ein wenig vorsichtiger: So berief er sich auf ein Gutachten von 1996 über das DISS, in dem dieses und zugleich

Siegfried Jäger als „wissenschaftlich unseriös und defizitär“ bezeichnet worden seien. Der Autor dieses Gutachtens wird allerdings nicht genannt. Zitiert hier der Autor den Autor?



## Moshe Zuckermann Gast im DISS

Am 1. Oktober war der Tel Aviver Historiker und Soziologe Moshe Zuckermann Gast im DISS. Er referierte über die aktuelle Lage im Nahen Osten, das Scheitern des Friedensprozesses, die zweite Intifada und skizzierte verschiedene Perspektiven der möglichen weiteren Entwicklung, darunter die bedrückende Aussicht auf einen Regionalkrieg im Zuge des US-Angriffs auf den Irak.

Zuckermann ist durch Publikationen wie „Zweierlei Holocaust“ (Göttingen: (Wallstein 1998) und „Gedenken und Kulturindustrie“ (Berlin: Philo 1999) als Kenner sowohl der israelischen wie der deutschen politischen Kultur hervorgetreten. Die Tugend wissenschaftlich-theoretischer Distanzierung mit Engagement und Leidenschaft verknüpfend, trotz des Ernstes auch mit Witz und wahrlich nicht frei von Polemik, setzte Zuckermann die Entwicklung im Nahen Osten mit ihrer Rezeption in Deutschland in Verbindung – ein Problem, das angesichts des neuen von Jürgen W. Möllemann ausgelösten Antisemitismusstreits und vor dem Hintergrund unserer Studie über die Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien auf großes Interesse stieß. Alles in allem ein gelungener Nachmittag, und wir hätten uns bei Zuckermann durchaus mit den Worten „Nächstes Jahr wieder in Duisburg!“ verabschieden können. (AS)

## DISS-Forschungsbericht 2002: Zur Analyse von „Leben im Brennpunkt“

Das DISS legt zum Ende des Jahres einen neuen Forschungsbericht vor. Er enthält zwei Beiträge, die in Verbindung mit einem vom Arbeitsministerium geförderten Pilotprojekt über die Situation von „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ entstanden sind.

Das Projekt, dessen Ergebnisse unter dem Titel „Leben im Brennpunkt. Der öffentliche Diskurs über den Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung“ nunmehr veröffentlicht werden, geht vor allem von dem Sachverhalt aus, dass Konflikte in derartigen „Problemstadtteilen“ sich nicht allein aus dem Verhältnis von Einheimischen und Einwanderern, sondern auch aus dem zwischen alten und jungen Personen, Arbeitenden und Arbeitslosen, Männern und Frauen, Familien und Singles entwickeln (können).

Aus dieser Perspektive wurden Gespräche mit sogenannten „Sozial-Managern“ vor Ort geführt, es wurde eine Analyse des Stadtteils in den Medien angefertigt sowie Tiefeninterviews mit Bürgerinnen des Stadtteils diskursanalytisch ausgewertet.

Der Projektbericht wird abgerundet durch den Abdruck eines Vortrages von Margarete Jäger und Siegfried Jäger mit dem Titel: „Von der Diskurs- zur Dispositivanalyse. Überlegungen zur Weiterführung eines Stadtteilprojekts“. In diesen Vortrag werden theoretische und methodische Fragen diskutiert, die durch die Arbeit in diesem Pilotprojekt aufgetan haben und die für eine Analyse von komplexen sozialen Zusammenhängen berücksichtigt werden sollten.

Der Forschungsbericht ist beim DISS gegen eine Gebühr von ca. 12 € (zzgl. Versandkosten) erhältlich.



### Siegfried Jäger Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung

2., überarbeitete und erweiterte Auflage  
1999, 403 Seiten, € 23, ISBN 3-927388-40-8

Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die mit Texten zu tun haben. Die vorgelegte 2. Auflage stellt eine erheblich erweiterte und überarbeitete Fassung der Ausgabe von 1993 dar. Insbesondere die vielfache empirische Erprobung dieses Konzepts in Projekten des DISS und an anderer Stelle war die Grundlage für eine intensive Überarbeitung dieses Lehrbuches.



Hans Uske / Michael Heveling-Fischell /  
Waldemar Mathejczyk

### Risiko Migration

#### Krankheit und Behinderung durch Arbeit

140 Seiten, . € 14  
3.927388-81-5, 2001

Migrantinnen arbeiten im Durchschnitt unter höheren Arbeitsbelastungen, sie verunglücken öfter bei der Arbeit und sind in der Folge häufiger schwerbehindert. In der Untersuchung wird anhand aktueller Daten der Krankenkassen, der Rentenversicherung und der Berufsgenossenschaften, mittels Expertengesprächen sowie durch die Auswertung der Literatur der Frage nachgegangen, warum es heute noch ein besonderes Risiko für Migrantinnen gibt und was dagegen zu tun ist.



Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hg.)  
**Weiter auf unsicherem Grund**  
**Faschismus - Rechtsextremismus - Rassismus**  
 Kontinuitäten und Brüche  
 276 Seiten € 15  
 2000  
 3-927388-75-0200

Rassistische und antisemitische Anschläge sind Alltag in der Bundesrepublik Deutschland. Die mehr als 100 Toten und die zahllosen Schwerverletzten ermahnen zu der Erkenntnis, dass völkische und autoritäre Tendenzen die politische Kultur in Deutschland belasten. Die Gefährdung der »zivilen Bürgergesellschaft«, die Bundeskanzler Schröder ein Jahr nach der ersten deutschen Kriegsbeteiligung seit 1945 beschwor, lässt sich nicht unter dem Stichwort »Extremismus« als Phänomen am Rand der Gesellschaft abtun. Wie die Debatte um Einwanderung und die Kontroversen über die deutsche Vergangenheit zeigen, reichen die völkisch-nationalistischen Tendenzen bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Aus dem Inhalt:

Kurt Lenk: Ideologische Kontinuitäten und gesellschaftlicher Wandel

Wolfgang Wippermann: Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“

Othmar Plöckinger: Adolf Hitler als Redner

Lars Rensmann: Nationalismus und Judäophobie

Alfred Schobert: Geschichtspolitik und die Abwicklung kritischer Theorie

Siegfried Jäger: Das Machtspiel des Jörg Haider  
 Margarete Jäger: Der NATO-Krieg in Jugoslawien und die Print-Medien

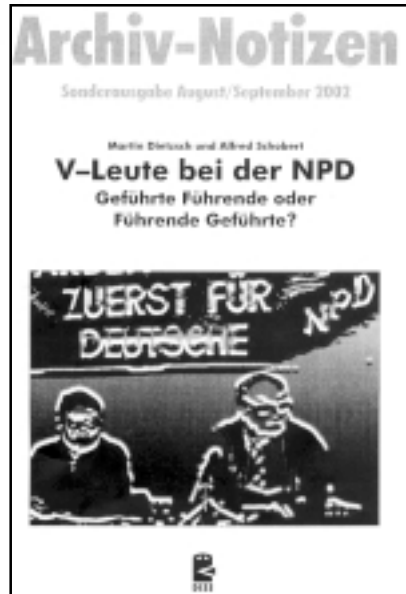
Weertje Willms: Literatur in der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1970

Manfred Struck: Im Heute aus dem Gestern für das Morgen lernen

Thomas Höhne: Migration und Schulbuch

Thomas Kunz: Einwandererkinder: „Zwischen den Stühlen“

Klaus F. Geiger / Margret Spohn: Diskurse des Ein- und Ausschlusses in Frankreich und Deutschland



### V-Leute bei der NPD

**Geführte Führende oder Führende Geführte?**  
 von **Martin Dietzsch** und **Alfred Schobert**

Sonderausgabe der Archiv-Notizen  
 August / September 2002

38 Seiten DIN A4, zahlreiche Abbildungen, 5 Euro

Eine Analyse der Aktivitäten der V-Leute Holtmann und Frenz ergibt, dass diese nicht als agents provocateurs innerhalb der NPD wirkten. Vollkommen unsinnig wäre es, sogar von einer Steuerung der NPD durch Geheimdienste zu sprechen. Vielmehr verkörperten die beiden exponierten NPD-Funktionäre den Typus des omnimodo facturus, d.h. es handelte sich um Personen, die man zu nichts anstiften kann, weil sie ohnehin zu allem bereit sind. Ihre Aktivitäten deckten sich nahtlos mit dem sonstigen Kurs der Partei, und sie genossen gerade wegen ihrer antisemitischen und rassistischen Hetze über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei. Aus diesem Grund kann die V-Mann-Affäre nicht als Argument gegen das lange überfällige Verbot der NPD dienen. Freilich wirft die Affäre ein düsteres Licht auf die Aktivitäten der Verfassungsschutzämter, insbesondere auf deren V-Mann-Praxis. Diese führte letztendlich dazu, die NPD zu stärken, statt sie zu schwächen, und sie erbrachte geheimdienstliche Informationen, die zuvor von der NPD-Führung gefiltert worden waren und deren Wert auch deshalb mehr als zweifelhaft gewesen sein dürfte. Es stellt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, das V-Mann-Unwesen endlich vollständig zu beenden. Die Affäre ist ein Beleg dafür, dass sich die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland einer wirksamen demokratischen Kontrolle erfolgreich entziehen.

Aus dem Schriftsatz der Anwälte der Bundesregierung an das Bundesverfassungsgericht vom 26.7.2002: „Zur Wahrnehmung von Holtmanns Persönlichkeit sei noch ein Kommentar aus einer politischen Richtung zitiert, die dem Verfassungsschutz scharf kritisch gegenüber steht, nämlich aus einer soeben erschienenen Studie mit dem Titel: „V-Leute bei der NPD - Geführte Führende oder Führende Geführte?“ von Martin Dietzsch und Alfred Schobert mit einem Vorwort von Ulla Jelpke, der innenpolitischen Sprecherin der PDS im Deutschen Bundestag...“

Fordern Sie unser ausführliches Publikationsverzeichnis an oder besuchen Sie uns auf unserer Homepage:  
[www.uni-duisburg.de/diss](http://www.uni-duisburg.de/diss)

### Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Siegstraße 15  
 47051 Duisburg  
 Tel. 0203-20239  
 Fax 0203-287881  
 email [diss@uni-duisburg.de](mailto:diss@uni-duisburg.de)